



Deutsche Umwelthilfe

Jahresbericht 2016

www.duh.de



.....

Umwelt und Natur sind aufs Engste mit der sozialen Gerechtigkeit, mit Bildung, Gesundheit und wirtschaftlichen Chancen verknüpft. Die DUH hat den Umweltschutz in den vergangenen 40 Jahren maßgeblich beeinflusst. Wir haben die umweltfreundliche Technik befördert, die Arbeitsplätze schafft. Wir bleiben unseren umweltschutzpolitischen Zielen treu und treiben den Schutz von Umwelt, Klima und Natur voran.

.....



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir waren erleichtert in der DUH, dass die Weltgemeinschaft auf der Klimakonferenz in Marrakesch ihren Willen bekräftigt hat, die Treibhausgase zu mindern. Die Staaten der Welt zeigen, dass sie sich mit den Folgen des Klimawandels für Mensch, Natur, Gesellschaft und Wirtschaft auseinandersetzen. Ein Triumph der Vernunft gegen Trump, den die US-Amerikaner zeitgleich zum Präsidenten gewählt haben. Donald Trump hält den Klimawandel für eine Erfindung. Die amerikanische Umweltbehörde EPA will er abschaffen, die Kohleförderung in den USA wieder flottmachen. Ob er das Programm des Grauens durchzieht, werden wir sehen. Klar scheint, dass die USA keine Führungsverantwortung im Klimawandel übernehmen werden.

Also sind wir dran. Mit „wir“ meine ich uns alle, Menschen wie Sie und mich. Fangen wir vor der Haustür an. Das Auto bleibt stehen, der Kaffee kommt unterwegs in einen Mehrwegbecher, Saft, Wasser und was wir sonst noch trinken, holen wir in der Mehrwegflasche, wir essen weniger Fleisch, düngen nicht länger den Garten und schaffen eine blütenreiche Vielfalt für Bienen, Schmetterlinge, Fink und Star.

Für den politischen Druck sorgen wir, die Deutsche Umwelthilfe e.V. Wir lassen nicht locker, bis die Bundesregierung den Dieselbetrug der Autoindustrie aufklärt. Wir klagen solange das Recht auf saubere Luft ein, bis die Städte die Bürgerinnen und Bürger vor den Abgasen der Autos schützen. Wir fordern weiterhin, dass Kohlekraftwerke abgeschaltet werden und die Energiewende umgesetzt wird. Wir wollen, dass Einwegverpackungen teurer werden – denn Mehrweg ist Klimaschutz. Und wir drängen die Bundesregierung, dem Schutz von Tieren, Pflanzen und der biologischen Vielfalt endlich die Aufmerksamkeit zu geben, die das Thema verlangt.

Wir bei der DUH bleiben unseren umweltpolitischen Zielen treu. Im Jahr der Bundestagswahl werden wir die Parteien treiben, den Schutz von Umwelt, Klima und Natur in der Politik zu verankern. Umwelt und Natur sind ja aufs Engste mit der sozialen Gerechtigkeit, mit Bildung, mit Gesundheit, mit wirtschaftlichen Chancen verknüpft. Die DUH hat den Umweltschutz in den vergangenen 40 Jahren maßgeblich beeinflusst. Wir haben die umweltfreundliche Technik und Wirtschaft befördert, die jetzt und in Zukunft Arbeitsplätze schafft.

Damit der Wandel weitergeht, bleiben wir unbequem. Wie wir das machen, lesen Sie auf den folgenden Seiten. Ich freue mich, wenn Sie die Deutsche Umwelthilfe e.V. unterstützen und wir gemeinsam den Schutz von Umwelt und Verbrauchern, von Mensch und Natur voranbringen.

Mit herzlichen Grüßen

Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.



3 Vorwort

4 Inhalt

■ Selber messen, Fakten schaffen

6 Saubere Luft ist harte Arbeit

Die DUH misst im Emissions-Kontroll-Institut die Abgase von Diesel-Autos und sammelt Beweise für den Betrug

■ Das Recht auf saubere Luft

8 „Wir belegen den staatlichen Rückzug aus der Luftreinhaltung“

Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch beobachtet in Berlin, warum der Staat den Abgasbetrug nicht aufklärt: „Politiker fürchten die Rache der Autoindustrie“

■ Mehr Frösche für den Schreiadler

10 Neues Management in Wald und Wiese

Die DUH-Naturschützer überzeugen Landwirte und Waldbesitzer, die Wiesen und Wälder so zu nutzen, dass Schreiadler genügend Nahrung finden

■ Probleme nennen, Konflikte angehen

12 „Wir leben von den Ökosystemleistungen der Natur“

„Die Natur hat auch einen Eigenwert“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH. In den Konflikten um den Ausbau von Windkraft und Stromtrassen setzt er auf Moderation und Dialog

■ Energie und Klimaschutz

14 Konflikte benennen, Kompromisse finden

Die DUH unterstützt die Energiewende mit den Kernkompetenzen der Demokratie: Reden, zuhören, Argumente austauschen und Kompromisse finden.

15 „Wir gehen dorthin, wo die Energiewende stattfindet“

Dr. Peter Ahmels leitet den Bereich Energie und Klimaschutz und sagt: „Die Zustimmung für die Energiewende darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.“

■ Verkehr und Luftreinhaltung

16 Wir kämpfen für das Recht auf saubere Luft

Stickoxide aus Dieselmotoren, Feinstaub aus Kaminen, Schornsteinen und den Ställen der Agrarindustrie belasten Umwelt und Gesundheit. Die DUH weist solange auf die Missstände hin, bis das Recht auf saubere Luft umgesetzt ist

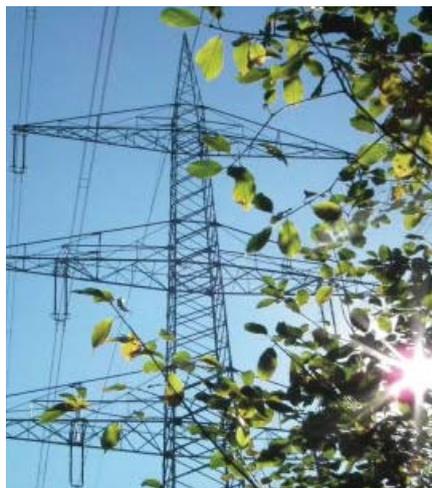
19 „Vielleicht ist der Veggie-Day eine Alternative“

Dorothee Saar leitet den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung. Um Stickstoffemissionen zu senken, verhandelt sie nun auch mit der Agrarwirtschaft

■ Naturschutz

20 Natürlich stellen wir die unbequemen Fragen!

Die DUH-Naturschützer denken zusammen, was zusammengehört: Die Zerstörung der tropischen Wälder, ökologischen Hochwasserschutz und artenreiche Flüsse



■ Kommunaler Umweltschutz

22 Wild und beliebt – die grüne Stadt

Wiesen, Wald und natürliche Flussufer bieten Tieren und Pflanzen in der Stadt einen Lebensraum – und dem Menschen einen natürlichen Ausgleich. Die DUH unterstützt Städte und Gemeinden dabei, die Natur zu entwickeln

24 Effizient durch die Energiewende

In den neuen Zeiten der Energieversorgung können Kommunen Geld verdienen. Die DUH berät Städte und Gemeinden darin, wie sie Dienstleistungen zur Einsparung auf den Markt bringen

■ Ökologischer Verbraucherschutz

26 Schlaue Verbraucher schützen die Umwelt

Der Schutz von umweltbezogenen Verbraucherrechten gehört zu den Kernaufgaben der DUH

■ Kreislaufwirtschaft

28 Der beste Abfall entsteht gar nicht erst

Mehrwegbecher für Coffee to go, Mehrwegflaschen und -taschen – die DUH fördert Lösungen zur Verringerung des Abfallaufkommens

30 „Beim Verpackungsabfall ist Deutschland Europameister“

Thomas Fischer begleitet als Leiter der Abteilung Kreislaufwirtschaft die Entwicklung des Verpackungsgesetzes

■ Umwelt und Entwicklung

32 Partner für eine umweltfreundliche Entwicklung

Der Hand in Hand-Fonds unterstützt Menschen in ländlichen Gebieten in aller Welt. In den „Gärten für die Zukunft“ schafft der Regionalverband Nord eine ökologische und soziale Nische

■ Medien

33 Der UmweltMedienpreis 2016

34 DUH intern – Das Leitungsteam

■ DUH in Zahlen

36 Solide Finanzen

Stabile Einnahmen sind eine wichtige Grundlage für die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe. Durch eine gute Mischung der Finanzquellen sichern wir unsere Unabhängigkeit

39 Adressen

39 Impressum

39 Fotonachweise

» Früher war die Abschaltvorrichtung ein einfacher Schalter im Motorraum, heute steckt sie in der Software. «

.....
Axel Friedrich, Leiter Emissions-Kontroll-Institut



Saubere Luft ist harte Arbeit

Die DUH eröffnet in einem früheren Frisiersalon das Emissions-Kontroll-Institut und misst die Abgase von Diesel-Autos. So sammelt die DUH die Fakten und belegt: Die Autoindustrie missachtet die Abgasgrenzwerte, der Staat lässt die Industrie gewähren

Auf einem Brett hat Axel Friedrich die Messgeräte befestigt, den ganzen Aufbau durch die Heckklappe in den Kofferraum geschoben und mit Schläuchen und Sensoren mit dem Auspuff und einem Laptop auf dem Beifahrersitz verbunden. „Das ist schon ironisch, dass ein Privatmann und eine NGO die Messungen machen muss, die der Staat unterlässt“, sagt Axel Friedrich. Friedrich war früher Abteilungsleiter für Verkehr/Lärm im Umweltbundesamt, heute berät er als Verkehrsexperte nationale Institutionen, Regierungen und auch die Deutsche Umwelthilfe. Um ausreichend zuverlässige

ge Daten über die Autoabgase zu bekommen, hat er ein Emissions-Kontroll-Institut gegründet. 2016 hat er die Abgase von 50 Fahrzeugen untersucht. „Frisierkunst“ steht noch aus früheren Zeiten über dem Eingang des Emissions-Kontroll-Instituts. Doch anders als die Autohersteller, sucht Friedrich nicht im Labor nach der schmutzigen Luft aus den Abgasen. Er fahndet auf der Straße nach den frisierten Abgaswerten der Autohersteller. Denn im richtigen Fahrbetrieb schaltet die Technik nicht die Abgasreinigung an, wie auf dem Prüfstand. Auf der Straße landen die „Real Drive Emissions“.



31 Kilometer fährt ein Mitarbeiter die Prüf Fahrzeuge im Auftrag des EKI und der DUH durch Berlin, je ein Drittel der Strecke durch die Stadt, über Landstraße und auf der Autobahn. Zehn Mal fährt er oder andere Fahrer mit jedem Auto dieselbe Strecke und hat danach auf dem Laptop ein klares Bild von dem, was hinten aus dem Auspuff rauskommt. Heute hat er einen Audi A 5 Sportback, Jahrgang 2016 vorbereitet.

Die Abgase strömen aus dem Auspuff durch eine rote Gummimanschette in ein Edelstahlrohr, gelangen über einen beheizten Schlauch in die Messgeräte im Kofferraum. Das eine Gerät misst den CO/CO₂-Anteil in den Abgasen, das andere entdeckt die Stickstoffe und Stickoxide. Nur ein kleiner Teil der Abgase reicht, damit die Geräte exakt die Konzentration bestimmen. Eine Wetzsonde ist unterhalb der Kofferraumklappe befestigt und misst Temperatur, Luftdruck und Luftfeuchtigkeit. Zu den Daten kommen Zeit, Ki-

lometerstand, Beschleunigung und per GPS der Ort der Messung. Der Fahrer kontrolliert während des Tests die Daten auf dem Laptop-Monitor. Selbst als er auf der Autobahn richtig Gas gibt, steigen die NO-Werte nur auf 59 ppm, Stickdioxide auf 28 ppm. Das ist gar nichts, die Testfahrer haben an dieser Stelle schon Diesel-Autos gefahren, die beim Beschleunigen mehr als 1.000 ppm NO ausstießen. Am Ende der Fahrt bleibt der Audi A 5 mit einem Durchschnitt von 66 mg NO_x unter dem Grenzwert der Euro 6 Norm von 80 mg.

Eine Seltenheit. Bis September 2016 hatte die DUH 36 Diesel-Pkw getestet. 33 haben die Grenzwerte für Stickoxide im realen Fahrbetrieb nicht eingehalten. „Es ist ein Abgasskandal aller Hersteller“, sagt Axel Friedrich, der 30 Jahre lang die Luftreinhaltepolitik der Bundesregierung inhaltlich vorbereitet hat. Den wechselnden Umweltministern hat er erklärt, wie Stickoxide, Schwefel und Feinstaub in der Luft die Gesundheit und die Umwelt schädigen. Hat erläutert, mit welchen technischen Mitteln die Industrie die Schadstoffe in Diesel und Benzin begrenzen kann. Und er hat alle Ministerien über die Abschaltvorrichtungen informiert. „Früher war das ein einfacher Schalter im Motorraum, heute stecken die Abschaltvorrichtungen in der Software“, sagt Axel Friedrich.

Mit der betrügerischen Software schädigen die Autohersteller Umwelt, Natur, die Gesundheit von Millionen Menschen – und ihre eigenen Kunden. Denn ab 2018 werden richtig dreckige Dieselfahrzeuge nicht mehr in die Umweltzonen von hoch belasteten Städten fahren dürfen. Die DUH hat mehrere Städte wegen der Nichteinhaltung von Luftqualitätsstandards verklagt. Nachdem das Düsseldorfer Verwaltungsgericht entschieden hat, dass ab 1. Januar 2018 keine Dieselfahrzeuge in die Stadt fahren dürfen, rechnet die DUH mit ähnlichen Entscheidungen in den anderen Städten. Damit liegen die Gerichte auf derselben Linie wie die EU-Kommission.

Die EU hat im Juni 2015 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, da hierzulande die Grenzwerte für NO₂ in vielen Städten überschritten werden. 65 Prozent der Belastungen der Luft durch NO₂ in Städten stammen aus Diesel-Pkw. Axel Friedrich empfiehlt Autokunden, dass sie sich die Einhaltung der Grenzwerte im Kaufvertrag bestätigen lassen. „Saubere Luft ist harte Arbeit“, sagt Friedrich und meint damit vor allem, dass sich Politik und Industrie ordentlich anstrengen müssen. Bis sie die Gesetze zur Luftreinigung einhalten, misst Friedrich weiter im Emissions-Kontroll-Institut. Denn: „Daten sind Argumente.“

Die DUH hat erfolgreich Städte verklagt, die die Luftqualitätsstandards nicht einhalten: Dreckige Diesel dürfen ab 2018 nicht mehr in die Umweltzonen der belasteten Städte fahren.



»Wir kritisieren den Kniefall der Politik vor den Autokonzernen«

Die DUH veröffentlicht weiterhin Beweise zum Abgas-Betrug der Autohersteller, was staatliche Stellen nicht zum Handeln bringt, wie Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch feststellt: „Keine der falschen Zusagen an den Verbraucher hat dazu geführt, dass eine Behörde ermittelt.“ Warum der Staat untätig bleibt, hat Resch in Berlin beobachtet: „Politiker fürchten die Rache der Autoindustrie“

Herr Resch, im September 2015 hat die amerikanische Umweltbehörde EPA den Abgasbetrug bei Volkswagen öffentlich gemacht. Wie bewerten Sie die Aufklärung des Dieselskandals durch das Bundesverkehrsministerium?

Jürgen Resch: Die DUH hatte zwei Tage vor Bekanntwerden des VW-Abgasskandals auf der IAA in Frankfurt die Kampagne „Diesel-Abgase töten“ gestartet. Wir weisen ja bereits seit 2007 darauf hin, dass Spritverbrauch und Abgaswerte von den Angaben der Hersteller immer stärker abweichen. 2014 stellte sich dann heraus, dass die realen Stickoxid-Emissionen von neuen Euro 6 Diesel-Pkw 7,1-fach höher waren als erlaubt. Offensichtlich betrügen alle Hersteller von Dieselfahrzeugen. Nicht nur VW.

Das ist ein harter Vorwurf.

Nach Bekanntwerden der Ermittlungen gegen Volkswagen haben wir gezielt Diesel-Pkw anderer Hersteller wie Opel/GM, Renault/Nissan, BMW, Mercedes, Fiat/Chrysler oder Smart untersucht und bei allen Fahrzeugen ganz klare Indizien für verbotene Abschalt-

einrichtungen gefunden. Interessanterweise ist das Verkehrsministerium bis heute nicht bereit, sich mit uns zu einem Dieselgate-Gespräch zu treffen. Im Februar veröffentlichte die DUH den ersten Nachweis illegaler Abschaltvorrichtungen bei Daimler. Kurze Zeit später stellte sich heraus, dass offensichtlich alle Diesel-Pkw Hersteller bei Temperaturen von unter plus 10 Grad Celsius die ordnungsgemäße Abgasreinigung rechtswidrig abschalten.

.....
»Unsere Messungen zeigen, dass offensichtlich alle Hersteller von Dieselfahrzeugen illegale Abschaltvorrichtungen nutzen und Euro 6 Diesel-Pkw im Durchschnitt 30-mal schmutziger sind, als moderne Benziner.«
.....

Wie hat Verkehrsminister Alexander Dobrindt reagiert?

Minister Dobrindt hat dem Sportwagenhersteller Porsche erlaubt, nur oberhalb von plus 5 Grad Celsius eine ordnungsgemäße Abgasreinigung der Dieselmotoren sicherstellen zu müssen. Das ist eindeutig ein Rechtsbruch der EU-Zulassungsvorschriften, die für Harnstoff-Katalysatoren bis minus 15 Grad Celsius eine einwandfreie Funktion

der Abgasreinigungsanlage vorschreiben. Wenn Porsche das mit Ministererlaubnis darf, könnten sich alle Autohersteller darauf berufen.

Was bedeutet das für die Luftqualität und die Menschen?

Sollte es der DUH nicht gelingen, auf dem Klageweg solche rechtswidrigen Zusagen aufheben zu lassen, wären die Innenstädte auf viele Jahre nicht bewohnbar – wegen der zu hohen Konzentration an NO₂ aus den Dieselmotoren.

Politiker und Beamte sagen gern, dass die Einhaltung der Abgasgrenzwerte „politisch nicht durchsetzungsfähig“ sei.

Sie fürchten die Rache der Automobilindustrie.

Wie sieht die aus?

Dass sie später keine Jobs bekommen. Viele Politiker bekommen schon während ihrer politischen Tätigkeit die Angebote und im Anschluss die Jobs bei großen Dax-Konzernen, die Königs-klasse ist hier die Automobilindustrie. Nehmen Sie Eckart von Klaeden, der als Kanzleramtsminister automobilbezogene Regelungen in Brüssel aushandelte und dann Cheflobbyist bei Daimler wurde. Der andere Grund: Die Industrie hat auch während Dieselgate damit gedroht, dass sie Arbeitsplätze verlagert. Und so kuscht selbst ein grüner Ministerpräsident Kretschmann vor der Autoindustrie.

Sie sprechen von einem industriell-politischen Komplex. Das hört sich an wie aus anderen Zeiten.

Die Automobilindustrie verstößt gegen Recht und Gesetz und die Behörden verzichten auf Kontrollen, stimmen Texte des Prüfberichts mit den Firmen ab, der Präsident des Kraftfahrtbundesamts signiert Mails mit „industriefreundlichen Grüßen“. Wenn eine Regelung nicht passt, reicht ein Anruf im Kanzleramt oder Wirtschaftsministerium. Wir haben aufgedeckt, wie sich die Autoindustrie im Wirtschaftsministerium die Energieeffizienzrichtlinie selbst geschrieben hat.

Die DUH arbeitet erfolgreich für saubere Luft, auch wenn es Jahre dauert. Der frühere Umweltminister Jürgen Trittin hat kürzlich gesagt, dass der Dieselpartikelfilter wegen der Aufklärungsarbeit der DUH eingeführt wurde.

Tatsächlich haben wir 2002 die Kampagne „Kein Diesel ohne Filter“ gestartet und gegen den erbitterten Widerstand der Autokonzerne bereits 2005 so strenge Partikelgrenzwerte durchgesetzt, dass die Automobilindustrie in alle Dieselfahrzeuge den Rußfilter einbauen musste. Nach dem Regierungswechsel zur Autokanzlerin Angela Merkel dauert unser Kampf für eine funktionierende Stickoxid-Abgasreinigung an.

Die DUH hat ein Emissions-Kontroll-Institut gegründet. Warum?

Weil es uns die Autokonzerne fast unmöglich machen, technische Prüfinstitute wie TÜV, Dekra oder ADAC Technik mit

Messungen der realen Schadstoffemissionen zu beauftragen. Diese befürchten, ansonsten keine Aufträge mehr von den Herstellern zu erhalten. Mit unseren hochmodernen portablen Abgasmessinstrumenten für NO_x und CO₂ sind wir nun in der Lage, kurzfristig auch sehr spezielle Untersuchungen durchzuführen und nach illegalen Abschaltvorrichtungen zu forschen.

Und was machen Sie mit der Erkenntnis?

Wir informieren die Öffentlichkeit über die realen Abgasemissionen, fordern die zuständigen Behörden und zunehmend auch Staatsanwaltschaften dazu auf, die Zulassung für die betreffenden Fahrzeuge zu widerrufen bzw. strafrechtliche Ermittlungen wegen der vorsätzlichen Körperverletzung mit

Todesfolge einzuleiten. Die DUH ist die einzige Institution, die umfassende gerichtliche Schritte ergriffen hat. Wir klagen sowohl auf Veröffentlichung aller amtlichen Prüfergebnisse, Entzug der Typzulassung für besonders schmutzige Pkw als auch für das Verbot falscher Werbeaussagen.

Sind dafür nicht Behörden oder andere staatliche Einrichtungen zuständig?

Dem Kraftfahrtbundesamt trauen wir nicht mehr über den Weg, diese ehemals stolze Bundesbehörde ist zum Bettvorleger der Autoindustrie verkommen und stimmt selbst die Texte der Prüfberichte mit ihnen im kumpelhaften

Ton ab. Keine der falschen Zusagen an den Verbraucher zu den Spritverbräuchen oder Umwelteigenschaften hat bisher dazu geführt, dass eine Behörde Ermittlungen aufgenommen oder ein Bußgeld ausgesprochen hätte. Mit dem Emissionskontroll-Institut decken wir die falschen Werbeaussagen auf und belegen den staatlichen Rückzug aus der Überwachung. Auf Dauer müssen wir erreichen, dass der Staat ähnlich wie in der Lebensmittelüberwachung diese Aufgaben übernimmt und die DUH sich wieder verstärkt um strengere Umwelt- und Verbraucherrichtlinien kümmern kann.

Die DUH nimmt hoheitliche Aufgaben wahr?

Die DUH ist 2004 nach einer umfangreichen Prüfung in die Liste der „qualifizierten Organisationen“ beim Bundesamt für Justiz aufgenommen worden und seitdem verpflichtet, festgestellte Verstöße gegen den Verbraucherschutz rechtlich zu verfolgen. Die DUH beschränkt sich dabei auf Verstöße mit Umweltbezug. Leider haben es Industrie und Handel geschafft, dass sich die eigentlich zuständigen Behörden weigern, die Einhaltung dieser Vorschriften zu kontrollieren. Solange sich der Staat einen schlanken Fuß macht und die Bürger im Dieselruß stehen lässt, engagiert sich die DUH weiter für die Durchsetzung von nationalen und europäischen Gesetzen zur Luftreinhaltung und umweltbezogenen Verbraucherschutzgesetzen.

.....
» Seit acht Jahren weisen wir auf den Abgas- und CO₂-Betrug hin. Bei der Aufklärung werden wir von den Autokonzernen bedroht – es ist extrem hart, die Rechte für Umweltschutz und Verbraucher durchzusetzen. «

» Der Schreiadler ist eine Charakterart der feuchten Wälder und Wiesen im östlichen Mitteleuropa, die weiter bei uns ihre Heimat finden soll.«

Ulrich Stöcker, Leiter
Naturschutz der DUH



Neues Management in Wald und Wiese

Schreiadler gehören zu den seltensten Brutvögeln in den Wäldern im Nordosten Deutschlands. Die DUH-Naturschützer arbeiten mit ihren Kollegen vom NABU daran, den Lebensraum für den Schreiadler zu vergrößern. Ihre Aufgabe: Landwirte und Waldbesitzer zu überzeugen, die Wiesen, Weiden und Wälder so zu nutzen, dass die Adler genügend Nahrung finden

Daumengroße Moorfrösche und Grasfrösche hüpfen durch das Buchenlaub, das Ende August raschelnd wie Papier den Boden im Karlsburger und Oldenburger Holz bedeckt. Hier und da schreitet eine Erdkröte, eine Maus huscht zu einem Versteck. Grundnahrungsmittel für den Schreiadler, der noch in wenigen naturnahen Wäldern im Nordosten von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg brütet.

In den 1970er Jahren kamen fünf oder auch sechs Paare zum Brüten allein in dieses Waldgebiet zwischen Anklam und Greifswald. Heute findet hier noch ein Schreiadler-Paar genügend Nahrung, um eine Brut zu versuchen. Nicht im-

mer mit Erfolg, so dass die Schreiadler im Herbst manchmal allein auf ihre 10.000 Kilometer lange Reise in den Süden Afrikas ziehen.

Der Schreiadler ist einer der seltensten Brutvögel Deutschlands, noch etwa 100 Paare brüten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. *Clanga pomarina* lautet sein Artnamen – der Pommer-Adler und der Name macht deutlich, dass der Greifvogel einst die Gegend im Nordosten Deutschlands prägte. Doch auf den Feldern der intensiven Landwirtschaft hat der Schreiadler kaum eine Chance. Die Äcker reichen ohne ökologische Nische bis an den Wald, Mais und Rüben stehen so eng, dass keine Maus dazwischen lebt. Der Boden

bietet dem Schreiadler wenig, in der Luft bedrohen nun auch Windenergieanlagen seinen Lebensraum.

„Der Schreiadler ist eine Charakterart der feuchten Wälder und Wiesen im östlichen Mitteleuropa, die weiter bei uns ihre Heimat finden soll“, sagt Ulrich Stöcker, Leiter der Abteilung Naturschutz der DUH. Mit seinem Kollegen Stefan Schwill führt er das gemeinsame DUH-NABU-Schutzprojekt für den Schreiadler im Nordosten von Mecklenburg-Vorpommern durch. Unterstützt werden sie vom Krombacher Artenschutz-Projekt. Ziel ist es, das Nahrungsangebot für den Schreiadler zu vergrößern und den Lebensraum zu schützen.

Die Naturschützer ummanteln daher die Stämme der Brutbäume am Fuß mit Plexiglas, damit keine Waschbären oder Baumrarder hinaufklettern und die Nester plündern können. Doch vor allem braucht der Schreiadler mehr Nahrung. Das Schreiadler-Projekt verfolgt daher zwei Ziele. Den Lebensraum für Frösche, Kröten und Mäuse in den Wäldern und auf den Wiesen zu verbessern und die Landschaft so zu gestalten, dass der Schreiadler bessere Bedingungen findet, die Tiere am Boden zu jagen. Stöcker und seine Kollegen bewegen daher die Landwirte, das Wiesenmanagement zu verändern und zu anderen Zeiten zu mähen. Zum Beispiel schon mal im Frühjahr, damit der Schreiadler gleich zu Beginn seiner Brutzeit über solche Wiesen laufen und Mäuse, Frösche und andere Tiere erbeuten kann. Denn anders als alle anderen Adler jagt der Schreiadler gern zu Fuß – er schreitet über die Wiese und schaut, was geht.

In den ehemals offenen Moorlandschaften fand der Schreiadler ideale Jagdgebiete. Heute

gibt es solche Flächen nur noch in kleinen Resten. Die Schreiadler sind daher in Deutschland auf die genutzte Landschaft angewiesen. „Bei herkömmlicher Bewirtschaftung werden oft nahezu alle Wiesenflächen innerhalb weniger Tage gemäht. Für kurze Zeit herrscht dann ein Überfluss an Nahrung, vorher und schon wenig später aber finden die Adler kaum noch Flächen für die Jagd“, sagt Stefan Schwill. „Mit wenig Aufwand und nahezu ohne Kosten für die Landnutzer können wir dem Schreiadler helfen.“

DUH-Naturschutzleiter Ulrich Stöcker steht derzeit erneut vor der Herausforderung, den Naturschutz und die Energiewende zu vereinen. Maßgeblich haben Stöcker und die DUH seit 2012 die Diskussion um ein Schallschutzkonzept für Meerestiere in Nord- und Ostsee beim Bau der Offshore-Windparks vorangetrieben. Damals ging es vornehmlich um den streng geschützten Schweinswal, den einzigen Wal in deutschen Seegebieten.

Die DUH hat in den Auseinandersetzungen zwischen Naturschützern und den Verfechtern der Energiewende gelernt, Konflikte innerhalb der Umweltschutzorganisationen zu benennen, unliebsame Fragen anzusprechen und im Dialog mit allen Beteiligten Lösungen zu finden. „Zahlreiche Brutgebiete der Art sind in der Vergangenheit durch Grünlandverlust, massive Holzeinschläge und Entwässerungen zerstört worden, so dass der Schreiadler aus vielen Regionen völlig verschwunden und immer weiter in den Nordosten Deutschlands abgedrängt worden ist“, sagt Ulrich Stöcker. „Es schreit förmlich danach, dass wir seine letzten geeigneten Lebensräume erhalten und Schutzzonen zur Verfügung stellen.“

» Schreiadler stellen hohe Ansprüche an ihre Brutwälder und an Wiesen und Weiden, auf denen sie jagen. Mit wenig Aufwand und nahezu ohne Kosten für die Landnutzer können wir die Lebensräume für den Schreiadler verbessern. «

Stefan Schwill,
Projektmanager Naturschutz



Naturschutz-Leiter Ulrich Stöcker freut sich über viele Frösche und ein Schreiadlerpaar im naturnahen Oldenburger Holz bei Anklam.



»Wir leben von den Ökosystemleistungen der Natur«

„Die Natur hat auch einen Eigenwert, das dürfen wir nie vergessen“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH. In den Konflikten um den Ausbau von Windkraft und Stromtrassen setzt er auf Moderation und Dialog – „Kernkompetenzen der DUH.“ Die nutzt Müller-Kraenner auch für das nächste große Thema der DUH: Die Verringerung von Stickstoff

Herr Müller-Kraenner, welchen Wert hat die Natur?

Sascha Müller-Kraenner: Wir sind Teil der Natur, unser Leben ist abhängig von der Natur. Die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir trinken, aber auch Rohstoffe, die wir verwenden, stammen aus der Natur. Wir messen jedoch nur die wirtschaftliche Leistung.

Kann die Natur in Euro ausgedrückt werden?

Die Natur hat auch einen Eigenwert, das dürfen wir nicht vergessen. Die Ökosystemleistungen sind ein konzeptioneller Ansatz, alle Leistungen der Natur für den Menschen zu beschreiben. Die ästhetischen, kulturellen und auch spirituellen Leistungen kann man nicht messen und sie trotzdem als Leistungen anerkennen.

Patienten im Krankenhaus werden schneller gesund, wenn sie aus dem Fenster auf einen Park schauen statt auf einen Parkplatz.

Genau. Wir erklären das Konzept der Ökosystemleistungen deshalb den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft, damit sie nicht nur darauf achten, ob die Gewerbesteuer steigt oder Arbeitsplätze entstehen, sondern auch berücksichtigen, wie sie die Leistungen der Natur erhalten. Die Entscheidungsträger sollen erkennen: Natur hat für uns einen Wert.

Haben Sie Verbündete gewonnen für die Ökosystemleistungen?

Das Naturgebiet am Stettiner Haff entwickeln wir zu einer neuen Wildnis und schaffen so die Möglichkeit für Ökotourismus und

die Vermarktung regionaler Produkte. Die ersten Politiker erkennen, dass die Wildnis-Entwicklung eine wirtschaftliche Alternative zu traditionellen Entwicklungsmöglichkeiten ist.

Wenn mehr und mehr Menschen in Städten leben, welche Bedeutung haben dann Städte für die biologische Vielfalt und das Naturerleben?

Wir arbeiten in unseren Projekten mit Städten und diskutieren mit Bürgermeistern und Stadtplanern über die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Stadt. In Gelsenkirchen führen wir gerade ein Projekt zur Umweltgerechtigkeit durch. Die traditionelle Stadtplanung hatte die Grünzüge in den einkommensstarken Stadtteilen angelegt. Die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen wohnen in der Nähe von großen Straßen und Fabriken, ihr Wohnumfeld ist mit Lärm, Staub und Schadstoffen belastet. Wir versuchen bei der Stadtentwicklung so nachzusteuern, dass auch sozial benachteiligte Gruppen einen Zugang zur Stadtnatur haben.

Kommt der Rat der DUH bei den Städten an?

Wir beraten immer auf Bitte der Kommunen. Gerade kleine und mittlere Kommunen greifen gern auf die Expertise der DUH zurück. Das Bündnis Kommunen für Biologische Vielfalt e.V. mit zur Zeit 113 Mitgliedern ist durch die Initiative der DUH entstanden, und es ist ein großer Vertrauensbeweis, dass die DUH gebeten wurde, die Geschäftsführung zu übernehmen.

Lassen Sie uns über den Konflikt innerhalb der Natur- und Umweltschutzszene sprechen, den die Energiewende ausgelöst hat. Naturschützer werfen den Klimaschützern vor, ebenso rücksichtslos ihre Interessen zu vertreten wie die Industrie.

Eine der größten Bedrohungen für die biologische Vielfalt ist der Klimawandel. Dennoch darf unter dem Primat der Energiewende nicht nach dem Motto gehandelt werden: Wo gehobelt wird, da fallen Späne.

Die DUH war immer einer der Haupttreiber der Energiewende...

Die Hauptursache für den Verlust an biologischer Vielfalt in Deutschland ist nicht die Energiewende, sondern die industrialisierte Landwirtschaft. In Mecklenburg-Vorpommern führen wir ein Projekt zum Schutz des Schreiadlers durch, eine äußerst bedrohte Art, von der hierzulande nicht einmal mehr 100 Paare brüten. Hauptgrund dafür ist die industrialisierte Land- und Forstwirtschaft. Der Vogelschlag durch Windkraftanlagen kommt da noch hinzu. Unser Ziel ist, dass weniger Mais angebaut wird und mehr extensive Landwirtschaft betrieben wird, damit der Schreiadler mehr Nahrung findet. Zweitens sollen Windanlagen nicht zu nah an den Schreiadlerhorsten stehen.

Sieht sich die DUH eher als Moderatorin zwischen dem Umwelt- und Naturschutz und nicht als Kampagnenmacherin?

Moderation und Konfliktlösung sind Kernkompetenzen der DUH. Wir vertreten zwei Interessen – den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Ausbau der erneuerbaren Energie – und deswegen geraten wir in einen Konflikt. Den Konflikt lösen wir, indem wir uns das Gesamtsystem ansehen und lokalen Sachverstand bei der notwendigen Güterabwägung einbeziehen.

In manchen Regionen sagen die Leute dann, dass sie keine Windkraft wollen.

Es ist erstaunlich, dass die Politik sich hinter die Energiewende mit dem Ausbau der Windenergie und Stromnetzen gestellt hat, aber die dadurch entstehenden lokalen Konflikte scheut. Erfolgreich werden diese Konflikte überall dort gelöst, wo sich die Politik wie in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg den Bürgern stellt und ihnen erklärt, was ihre Ziele der Energiewende sind.

Die DUH führt Bürgerdialoge zum Ausbau der Stromtrassen durch.

Und wir stellen genau das fest: Wenn man den Menschen erklärt, warum welche Baumaßnahmen notwendig sind, verstehen sie es und bringen konstruktive Ideen zur Verbesserung des Vorhabens ein. Wir begleiten zum Beispiel die Planung eines Pumpspeicherkraftwerks in Heimbach bei Mainz. Jahrelang hatte die DUH eine Bürgerinitiative dort dabei unterstützt, den Bau eines Kohlekraftwerks zu verhindern. Erfolgreich. Dann haben die Stadtwerke Mainz beschlossen, auf erneuerbare Energien zu setzen und ein Pumpspeicherwerk zu bauen. Von der Planung waren mehrere

naturschutzrechtlich geschützte Gebiete und gefährdete Arten bedroht, darunter die seltene Bechstein-Fledermaus.

Wie haben Sie den Konflikt gelöst?

Wir haben in einem mehrjährigen Prozess mit den Stadtwerken, Naturschutzverbänden und den Bürgern die Planung so verändert, dass der Naturschutz verbessert wurde und das Projekt nun kurz vor dem Planfeststellungsverfahren steht. Das Tolle ist: In einem frühen Stadium kann man alle Interessen zum Ausgleich bringen, in dem man allen zuhört.

Zu den zahlreichen Umweltthemen rückt ein neues, altes Problem in den Fokus: Stickstoff.

Stickstoff ist eines der unbekanntesten und gleichzeitig größten Umweltprobleme. Die Stickstoffbelastung ist laut dem Konzept der planetaren Grenzen vom Ausmaß dramatischer, als die Belastung des Klimasystems.

Wie kommt der Stickstoff in die Umwelt?

Durch Düngung, Massentierhaltung, Verbrennung von Braunkohle und Diesel und aus industriellen Prozessen. Aber die Landwirtschaft hat den größten Anteil an den Stickstoffeinträgen – mit verheerenden Auswirkungen auf die Biodiversität. Stickstoff belastet das Grundwasser, überdüngt Seen und Flüsse. Das Problem bewältigen wir nur, wenn wir dasselbe machen wie im Klimabereich: Eine Strategie entwickeln, die Technik und Gesetze verändert. Dabei sind auch wir Konsumenten gefragt: Weniger Fleisch essen und damit die Massentierhaltung mindern, kein Strom aus Braunkohle, keine Dieselfahrzeuge.

Ein Querschnittsthema.

Ja, es hat große Ähnlichkeiten zum Klimathema, kommt aber bisher in der öffentlichen Debatte nicht vor. Wir haben uns vorgenommen, das Stickstoff-Problem ins Bewusstsein zu rücken. Wir unterstützen deswegen die Stickstoffstrategie des Umweltministeriums.

Sind da nicht eher das Landwirtschafts-, Verkehrs- und das Wirtschaftsministerium gefragt?

Wir bringen die Verantwortlichen zum Beispiel aus dem Landwirtschaftsministerium und dem Bauernverband zusammen und suchen nach Lösungen, wie der Stickstoff aus der Massentierhaltung reduziert werden kann. Ebenso reden wir mit dem Verkehrssektor oder der Industrie und dem Wirtschaftsministerium.

Und sind sie zugänglich?

Noch sind wir in einem frühen Stadium, in dem die Bauern auf die Autobauer zeigen, die auf die Braunkohle und die Braunkohle auf die Bauern. Wir müssen aber die Stickstoffbelastung in allen Ökosystemen runterbringen. Deswegen muss jeder Sektor seinen Beitrag leisten – wie der aussieht, erarbeiten wir gemeinsam.

.....
» Stickstoff ist eines der unbekanntesten und größten Umweltprobleme – die Konsequenzen sind vergleichbar mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Natur. «



Konflikte benennen, Kompromisse finden

Die DUH unterstützt die Energiewende mit den Kernkompetenzen der Demokratie: Reden, zuhören, Argumente austauschen und Kompromisse finden. Wir halten das Thema erneuerbare Energien auf der politischen Agenda, damit die Stromwende und die Wärmewende erfolgreich ablaufen

■ Die DUH ist von der Energiewende überzeugt. Deutschland muss deutlich effizienter mit Energie umgehen und die Versorgung mit erneuerbaren Energien gewährleisten. Nur so können Wirtschaft und Gesellschaft die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen ausreichend begrenzen. Die Erkenntnis ist nicht neu und hat das internationale Klimaabkommen von Paris ermöglicht. Doch die Umsetzung harrt, politische Weichenstellungen fehlen.

Wir arbeiten deshalb weiter intensiv als Fürsprecher der Energiewende und halten das Thema auf der politischen Tagesordnung. Dabei haben wir die gesamte Energieversorgung im Blick: Nicht nur bei der Stromversorgung, auch bei der Wärmebereitstellung setzen wir uns für die Senkung klimaschädlicher Emissionen ein.

Wir stärken die erneuerbaren Energien – wir sehen jedoch auch die Konflikte. „Ohne eine breite Unterstützung in der Gesellschaft wird es nicht gelingen, die

Infrastruktur für die erneuerbare Energie zu bauen“, sagt Dr. Peter Ahmels, Leiter des Bereichs Energie und Klimaschutz. Die DUH nutzt daher ihre Kernkompetenzen, um die Energiewende sozial und ökologisch zu vermitteln: Konflikte benennen, Fakten darlegen, Kompromisse finden.

Energiewende sozial vermitteln

In kleinen und großen Bürgerdialogen moderieren Ahmels und sein Team den Ausbau der neuen Stromleitungen. Ob beim Dialog zur Ostküstenleitung in Schleswig-Holstein oder zum SuedLink in Baden-Württemberg wird eines klar: Wenn man den Menschen erklärt, worum es geht, steigt die Akzeptanz auch für große Veränderungen.

Die Wärmewende unterstützen wir mit Informationen. Die Leute müssen wissen, woran sie sind. Wir setzen uns für klare gesetzliche Vorgaben ein, for-

dern individuelle Sanierungsfahrpläne für Gebäude und eine verlässliche staatliche Förderung. Dazu haben wir die „Blaupause Wärmewende“ erarbeitet, die vielfach zitiert und von der Politik aufgegriffen wird.

Die Energiewende braucht Innovationen. Die DUH-Energieexperten arbeiten daran, die fossile Energie in den Bereichen Wärme und Verkehr durch erneuerbaren Strom zu ersetzen. Mit Fachleuten erarbeitet die DUH Empfehlungen für die Politik, wie eine Vernetzung gelingen kann. Und die DUH beteiligt sich an einem Forschungsverbund. Mit Stromnetzspezialisten aus Wissenschaft und Industrie soll ein Netz 2030 entwickelt werden, das die Herausforderungen der Energiewende meistert.

Wir arbeiten für die Energiewende auf allen Ebenen: In der Politik, bei den Bürgern, im experimentellen Raum. Weniger reicht nicht.

»Wir gehen dorthin, wo die Energiewende stattfindet«



Dr. Peter Ahmels leitet den Bereich Energie und Klimaschutz und sagt: „Die hohe Zustimmung in der Bevölkerung für die Energiewende darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.“

Herr Dr. Ahmels, wie geht es mit der Energiewende voran?

Peter Ahmels: Gut, wir müssen aber den Trumpf-Effekt bei der Energiewende vermeiden.

Was heißt das?

Die amerikanischen Wähler haben sich für Trump entschieden, weil es der vorherigen Regierung nicht gelungen ist, die Menschen für ihre Politik zu begeistern und mitzunehmen. Das darf uns bei der Energiewende nicht passieren, dass die Menschen sich abwenden, weil die Politik es nicht geschafft hat, ihnen die Notwendigkeit zu erklären und sie quasi abzuholen.

Die Zustimmung zur Energiewende liegt bei über 80 Prozent. Wo ist das Problem?

Theoretisch besteht die Zustimmung, aber vor Ort beim Windkraftausbau, bei neuen Stromleitungen und anderen Infrastrukturmaßnahmen nehmen wir immer häufiger Widerstand wahr. Auch bei der energetischen Sanierung von Gebäuden sind die Menschen verunsichert und machen erst mal gar nichts. Die Energiewende ist kein Selbstläufer.

Und was machen Sie und die DUH?

Wir erklären und überzeugen. Wir gehen dorthin, wo die Energiewende stattfindet und wo sie manchmal auch wehtut. Das ist vielleicht die wichtigste Arbeit. Bei neuen Stromleitungen oder Speicheranlagen beantworten wir Fragen zur Energiewende: Warum braucht der Wechsel zu einem erneuerbaren Energiesystem so viel neue Infrastruktur? Warum ist es mit dezentraler Energieerzeugung alleine nicht getan? Und wir erklären, warum wir neben der Stromwende auch die Verkehrswende und die Wärmewende voranbringen müssen.

Sie sagten, die Menschen sind verunsichert ...

Ja, gerade bei der energetischen Gebäudesanierung wissen viele Menschen nicht, was der richtige Weg ist. Dämmen oder eine Wärmepumpe einbauen oder beides oder besser gar nichts? Die DUH setzt sich für Sanierungsfahrpläne ein, die die optimalen Sanierungsschritte für jedes Gebäude darlegen. Unsere Broschüren zu ökologischen Dämmstoffen oder zur Wärmewende werden vieltausendfach nachgefragt und haben schon einige Mythen der Gegner widerlegt.

Und reicht Ihre Aufklärungsarbeit aus, um die Menschen zu überzeugen?

Der Dialog vor Ort muss von einer Energiepolitik gerahmt werden, die die Energiewende stringent umsetzt. Das ist leider nicht der Fall. Im Gegenteil, das neue EEG bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien ab und im Klimaschutzplan 2050 sucht man den Ausstieg aus der Kohle vergeblich. Wenn es im Großen nicht stimmt, geht es auch im Kleinen nicht weiter. Deshalb sind wir auch auf der politischen Bühne aktiv. Wir mischen uns mit Stellungnahmen in die Gesetzgebung ein. Auf europäischer Ebene haben wir eine Klage gegen die Bundesregierung eingereicht, weil wir die Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaziele für unzureichend halten.

Noch mal zurück ins Kleine: Werden Sie nicht manchmal müde, immer wieder die gleichen Dinge zu erklären?

Nein, neben der politischen Arbeit ist es wichtig, nach draußen zu gehen und den Klimaschutz zu erklären. Damit die Menschen auch weiterhin „Energiewende“ wählen.

Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch hält eine Rede auf dem Parteitag der Grünen im November 2016. Er fordert die Grünen auf, die politischen Weichen zu stellen, damit die Autoindustrie aus der Dieselproduktion aussteigt.



Wir kämpfen für das Recht auf saubere Luft

Stickoxide aus Dieselmotoren, Feinstaub aus Kaminen, Schornsteinen und den Ställen der Massentierhaltung verschmutzen die Luft und belasten Umwelt und Gesundheit. Die DUH hat den Abgasbetrug der deutschen Autoindustrie maßgeblich aufgeklärt und wird solange auf die Missstände hinweisen, bis das Recht auf saubere Luft umgesetzt ist

■ Die Deutsche Umwelthilfe kämpft für saubere Luft in Stadt und Land. Vor dem Europäischen Gerichtshof haben wir 2008 das „Recht auf saubere Luft“ erstritten. Wir setzen alles dafür ein, dass das Urteil und die Luftreinhaltengesetze tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden. In unseren Kampagnen für die Luftreinhaltung kümmern wir uns gleichermaßen um den Schutz von Umwelt und Verbrauchern, kämpfen ebenso für die Rechte von Natur und Menschen in der Industriegesellschaft.

Als klageberechtigter Umwelt- und Verbraucherschutzverband haben wir eine Vielzahl von Urteilen gegen deutsche Städte erwirkt, die die Gesetze gegen Feinstaub und Stickoxide nicht einhalten. Ob Köln, München, Essen, Stuttgart oder Gelsenkirchen – die Städte müssen ihre Luftreinhaltungspläne überarbeiten. Unsere Aktivitäten haben wesentlich dazu beigetragen, dass zahlreiche Städte Um-

weltzonen eingerichtet haben. Umweltzonen reduzieren die Belastung mit Feinstaub aus dem Straßenverkehr deutlich.

.....
Wir schauen der Autoindustrie seit Jahren auf die Finger und haben den Betrug an Umwelt und Verbrauchern im Diesel-Gate maßgeblich aufgeklärt.
.....

Diesel-Abgase töten

Stickoxide aus den Motoren von Millionen Dieselfahrzeugen, Feinstaub aus Ofenheizungen, Kaminen, Schornsteinen und aus den Ställen der Agrarindustrie belasten die Umwelt und schädigen die Gesundheit. Bis zu 70.000 Menschen sterben

in Deutschland vorzeitig an den Folgen der schmutzigen Luft, in Europa rechnet man mit 430.000 vorzeitigen Todesfällen

Mit unserer Kampagne „Diesel-Abgase töten!“ machten wir vor den Toren der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt/Main auf den Zusammenhang von Dieselabgasen und Gesundheitsgefahren aufmerksam – nur wenige Tage, bevor der Abgasbetrug von VW in den USA bekannt wurde.

Auch das Feinstaubproblem ist nicht gelöst, selbst wenn in vielen Städten die Grenzwerte eingehalten werden. Die erfassen jedoch nur die großen Partikel. Besonders kleine ultrafeine Partikel werden bislang zu wenig beachtet. Die kleinen Teilchen in der Atemluft gelangen durch die Lunge in die Blutbahn und schädigen das Herz-Kreislauf-System. An Tagen mit besonders hoher Konzentration ultrafeiner Partikel in der Luft, steigt die Zahl der Schlaganfälle und Herzinfarkte.

Allein Kamine und Holzheizungen in privaten Haushalten und Kleingewerben verursachen in Deutschland zwei Drittel der Feinstaub-Emissionen. Die Holzfeuerungsanlagen übertreffen damit den Feinstaubausstoß von Autos und Lastern. Mit unserem dänischen Partner Danish Ecological Council informieren wir Verbraucher und arbeiten an der Entwicklung und Umsetzung technischer und politischer Lösungen. Die EU unterstützt unser Projekt „Clean Heat“ im Rahmen des LIFE Programms.

Unsere Expertise in der Luftreinhaltung hat die EU-Kommission überzeugt. Ein weiteres Projekt, von der EU als LIFE Projekt gefördert, rückt die juristischen Optionen für saubere Luft in den Mittelpunkt. Mit der tschechischen Umweltschutzorganisation Frank Bold Society klären wir die Menschen in mehreren EU-Mitgliedstaaten über den Zusammenhang von Feinstaubbelastung, Stickoxiden und Gesundheit auf – und über ihre Möglichkeit, juristisch gegen diese Missstände vorzugehen. Luftverschmutzung ist in der ganzen EU eines der größten Umweltprobleme. Die Gesundheitsschäden verursachen volkswirtschaftliche Kosten zwischen 330 und 940 Milliarden Euro. Das entspricht drei bis neun Prozent des Bruttoinlandproduktes der EU. Die EU hat mehrere Mitgliedstaaten wegen der ständigen Überschreitungen der Grenzwerte

gemahnt und Vertragsverletzungsverfahren gegen neun Staaten eingeleitet. Wir stärken die Zivilgesellschaft in den Ländern und schaffen mit Kampagnen ein Bewusstsein in der Öffentlichkeit für das Thema Luftverschmutzung. Wir bauen ein Netzwerk aus Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Anwälten und Verwaltungen in den EU-Staaten auf.

Den Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen in Deutschland, Tschechien, Polen, Ungarn, Frankreich, Italien und der Slowakei vermitteln wir das nötige Know-how, damit sie sich an der Entwicklung von Luftreinhalteplänen beteiligen können. Darüber hinaus wird der Zugang zu Gerichten als ein fundamentales Recht in der EU und prioritäres Prinzip im Arbeitsprogramm der Kommission verbessert. Dies stärkt auch die Verwaltungen, effektive Maßnahmen zur Emissionsminderung umzusetzen.

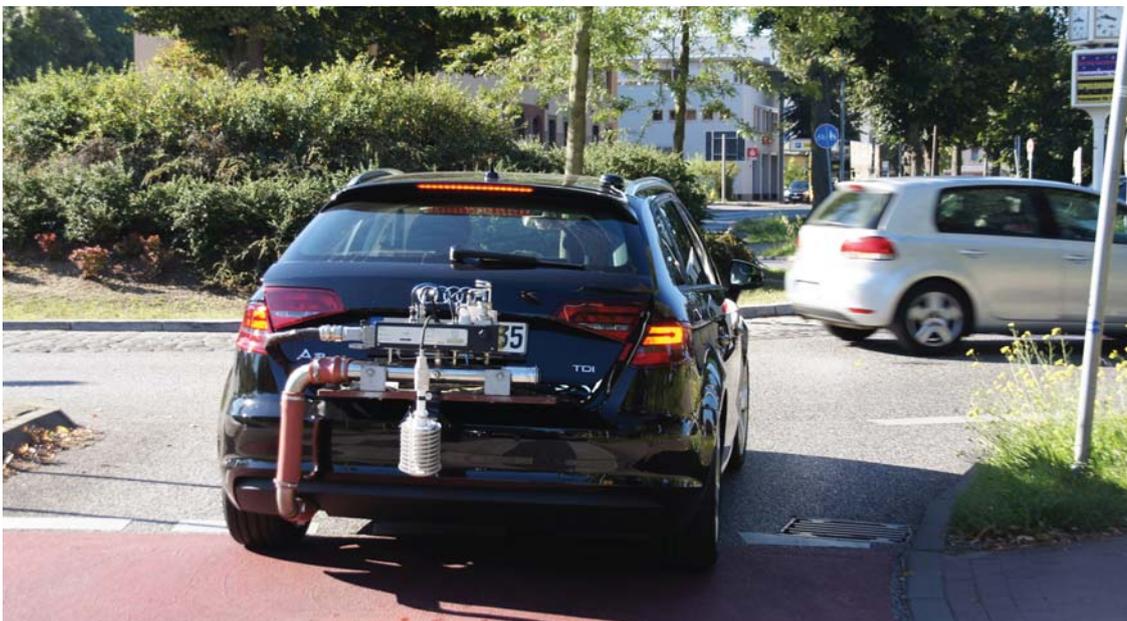
Wir messen selbst: Kaum ein Diesel hält Abgasnormen ein

Damit in Deutschland nur noch verhältnismäßig saubere Diesel-Fahrzeuge in die Städte fahren dürfen, haben wir jahrelang für die Blaue Plakette gekämpft. Mit Erfolg: Die Umweltminister der Länder beschließen 2016 die Einführung einer Blauen Plakette, um die Menschen vor den Gesundheitsgefahren zu schützen.

Doch wir haben uns zu früh gefreut – die Bundesregierung strich den Entschluss sofort ein. Kaum ein Diesel-Fahrzeug hält ja auch die Abgasnormen ein, die im Fahrzeugpapier angegeben sind. Mit unseren eigenen Messungen des Emissions-Kontroll-Instituts weisen wir regelmäßig nach, dass die Autoindustrie in sehr vielen Modellen die Grenzwerte für Stickoxide aus Dieselmotoren überschreitet. (Siehe S. 6)

Lange bevor die Bunderegierung sich mit dem Abgasbetrug bei Volkswagen befasste, hatte die DUH den systematischen Betrug bei allen Autoherstellern veröffentlicht. Wir schauen der Autoindustrie seit Jahren auf die Finger und haben den Betrug an Umwelt und Verbrauchern im sogenannten Diesel-Gate maßgeblich aufgeklärt. Seit 2007 weisen wir die Bundesregierung darauf hin, dass Spritverbrauch und Abgaswerte der Autos im realen Fahrbetrieb nicht mit den Angaben in den Zulassungspapieren übereinstimmen. Mehrfach haben wir die wechselnden Verkehrsminister darauf aufmerksam gemacht, dass die Autoindustrie sich nicht an die gesetzlichen Regelungen hält. Aus der Regierung kam keine Reaktion auf unsere Beweise für den Betrug der Autoindustrie an Gesellschaft und Umwelt.

Der geht alle Europäer an. In unserem Projekt „Close the Gap“ klären wir nun mit unserem Brüsseler Dachverband



Ein Testfahrzeug mit Messgeräten fährt für das Emissions-Kontroll-Institut durch Berlin.

und Projektpartner Transport & Environment in verschiedenen EU-Staaten über die Fehlinformationen der Autoindustrie auf. Die im Vergleich zu Herstellerangaben deutlich höheren CO₂-Emissionen schädigen das Klima, die damit verbundenen höheren Kraftstoffkosten belasten die Verbraucher. Dabei gehen die falschen Angaben der Hersteller zu Verbrauch und CO₂-Ausstoß seit Jahren immer weiter auseinander. 2001 klappte zwischen Angaben und Verbrauch eine Lücke von acht Prozent. Im Jahr 2014 war die Lücke bei durchschnittlich 40 Prozent.

Wir nehmen den Projekttitel „Close the Gap“ wörtlich. Unser Ziel ist, dass die realen Emissionen sinken und die Autoindustrie die umwelt- und klimafreundliche Technik einsetzt. Deswegen stärken wir das Bewusstsein der Verbraucher, gegen die Täuschung der Industrie vorzugehen. Und wir stärken politische Entscheider, unabhängige Kontrollen und Sanktionen einzuführen.

Höchste Zeit für eine Stickstoffstrategie

Stickstoff entströmt nicht nur Dieselmotoren und Kohlekraftwerken, sondern entweicht tonnenweise den Ställen der

Massentierhaltung. Die Agrarindustrie produziert bei der Massenhaltung von Schweinen, Rindern und Hühnern Millionen Tonnen an Stickstoff mit Gülle und Exkrementen. In dem Mist stecken Stickstoffverbindungen wie Ammoniak, das zur Bildung von Feinstaub beiträgt. Ammoniak kann über lange Strecken verweht werden und verstärkt die Konzentration an Feinstaub in städtischen Gebieten. In Belgien wurde genau gemessen: In den Städten entstehen 58 Prozent des Feinstaubs aus Ammoniak aus der Landwirtschaft.

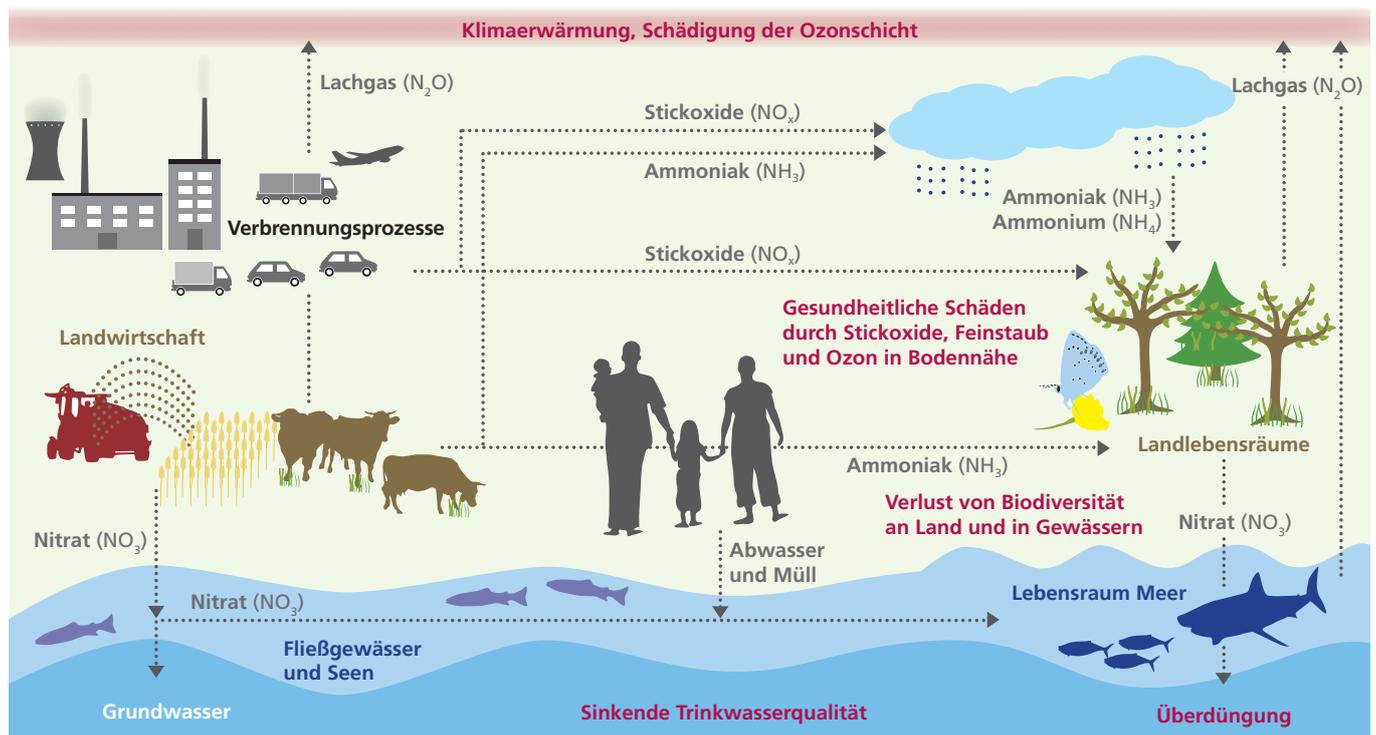
Das gute an Problemen: Sie sind lösbar. Wir haben uns dennoch darauf eingestellt, dass die Stickstoff-Problematik uns viele Jahre beschäftigen wird.

Auch Stickstoffverbindungen wie das Klima-relevante Lachgas sowie zu hohe Mengen an Nitrat schädigen die Umwelt. Die Stickstoffverbindungen vergiften Seen und Flüsse, verändern Böden, zerstören die biologische Vielfalt an Land und im Meer, heizen den Klimawandel an und

schädigen die menschliche Gesundheit. In der politischen Wahrnehmung wurde Stickstoff jahrzehntelang missachtet, obwohl das Problem bekannt ist. Nicht nur in Deutschland, weltweit sind die Grenzen der Tragfähigkeit der Ökosysteme für Stickstoff erreicht. Die Verkehrsexperten der DUH haben immer wieder auf die katastrophalen Auswirkungen von Dieselabgasen hingewiesen. Der Verkehrssektor und die Landwirtschaft sind die größten Verursacher von Stickstoff.

Mit großen Interessen begleiten wir daher die Stickstoffstrategie des Bundesumweltministeriums, das nach Lösungen für die hohen Stickstoffeinträge sucht. Mit den Kollegen aus der DUH-Abteilung Naturschutz arbeiten die Experten für Verkehr- und Luftreinhaltung gemeinsam daran. Unser Projekt wird vom Bundesumweltministerium gefördert.

Die DUH-Fachleute sind geübt darin, komplexe Umweltthemen wie die Stickstoff-Problematik in ihre Bestandteile zu zerlegen und das Problem mit den Verursachern zu debattieren. Das gute an Problemen ist: Sie sind lösbar. Wir haben uns dennoch darauf eingestellt, dass die Stickstoff-Problematik uns sehr viele Jahre beschäftigen wird.



Gravik: DUH (Quelle: Bundesamt für Umwelt BAFU, Schweiz)

»Vielleicht ist der Veggie-Day eine Alternative«



„Ein dickes Brett“ nennt Dorothee Saar die Landwirtschaft, mit der sie sich als Leiterin des Bereichs Verkehr und Luftreinhaltung auseinandersetzt. Denn der Stickstoff aus der Agrarwirtschaft verstärkt den Feinstaub aus Autos

Frau Saar, die DUH begleitet in einem Verbändeförderprojekt kritisch die Stickstoffstrategie des Umweltministeriums. Was haben Sie vor?

Dorothee Saar: Der Verkehrssektor und die Landwirtschaft sind die Hauptverantwortlichen für den gefährlichen Stickstoffüberschuss in der Umwelt. Wir arbeiten mit unseren Kollegen aus dem Naturschutz zusammen und bringen unsere Expertise aus der Luftreinhaltung und dem Artenschutz zusammen. Wir reden mit der Industrie und untersuchen auch, welche Rolle der Konsument spielt. Wie können die Leute stickstoffarm unterwegs sein? Ist der Veggie-Day ein Ansatz für eine stickstoffarme Ernährung?

Als Verkehrsexpertin beschäftigen Sie sich dann mit Kühen statt mit Autos?

An der Stickstoff-Problematik wird deutlich, dass ein Umweltgift nicht losgelöst betrachtet wer-

den kann. Wenn die Landwirtschaft sich umstellt, gibt es Synergieeffekte bei Methan und Ammoniak. Beide Stoffe sind relevant für die Luftreinhaltung – Methan als Vorläuferstoff von Ozon und Ammoniak als sekundärer Feinstaub.

Wer ist denn „die Landwirtschaft“?

Wir sprechen die industrielle Landwirtschaft an, nicht die kleinen Landwirte. Fünf Prozent der Betriebe sind für 80 Prozent der Ammoniakemissionen in Deutschland verantwortlich.

Das Landwirtschaftsministerium hat angedeutet, dass sie keine Stickstoffstrategie brauchen.

Ja, es gibt Gesetze, die den Stickstoffausstoß begrenzen würden. Es gibt die Wasserrahmenrichtlinie, die Düngeverordnung, Luftreinhaltengesetze und und und. Doch sie wurden eben nicht umgesetzt. Die EU hat zwei Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil die Grenzwerte für Ammoniak und Nitrat ständig überschritten werden. Wegen der hohen Nitratreinträge hat die Kommission nun Klage eingereicht. Zwei Drittel der FFH-Gebiete sind durch Stickstoffeinträge aus der Luft bedroht.

Was empfehlen Sie, soll anders gemacht werden?

Aus den Gesprächen mit der Agrar- und der Autoindustrie leiten wir Handlungsempfehlungen für die Stickstoffstrategie der Regierung ab. Da die Landwirtschaft wie kein anderer Industriezweig von Subventionen lebt, muss es möglich sein, Anforderungen an diesen Sektor zu stellen. Aber es ist ein dickes Brett.

Die Industrie setzt auf technische Lösungen, wie z.B. Futterzusätze, die den Ausstoß an Methan und Ammoniak verringern.

Und gleichzeitig die Milchproduktion steigern. Die Anzahl der Kühe nimmt schon ab, die Milchmenge steigt. Wir müssen auch das Wohl der Tiere im Blick behalten. Ich glaube, dass es effizientere Wege gibt, an anderer Stelle einzusparen. Wir müssen Lösungen anbieten, mit denen die Landwirte ihr Einkommen machen und gleichzeitig die Umwelt weniger belasten.



Natürlich stellen wir die unbequemen Fragen!

Die DUH-Naturschützer denken zusammen, was zusammengehört. Wir sprechen über Ökosystemleistungen und den Handel mit Soja, wir bringen die Zerstörung der Wälder in den Tropen mit der Massentierhaltung und der Stickstoff-Problematik in Deutschland zusammen. Und wir setzen dem risikoreichen Technikglauben im Hochwasserschutz ökologische Lösungen an lebendigen Flüssen entgegen

■ Die Themen im politischen Naturschutz sind komplex. Auf keine der Fragen zum Schutz von Natur und biologischer Vielfalt gibt es einfache Antworten. Ökologen sind sich einig, dass die Natur mehr Freiraum benötigt, um die Folgen des Klimawandels zu verarbeiten. Die Selbstheilungskräfte in Wald, Moor und Industriebrache wirken oft besser als Hege und Pflege. Der Mensch hilft, die natürlichen Prozesse zu aktivieren und zu überwachen, greift aber möglichst nicht mehr selbst ein.

In diesem Prozessschutz entwickelt sich eine neue Wildnis. Am Stettiner Haff und an der Oder-Mündung begleiten wir seit einigen Jahren die Entwicklung neuer Wildnisgebiete und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen

Möglichkeiten im Tourismus auch für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort bauen wir ein Netzwerk an lokalen Akteuren auf und bilden Wildnis-Führer aus.

Und auch Städte verwildern in manchen Gebieten und bieten den Bewohnern neue Perspektiven. Mit den Stadtverwaltungen in Arnberg, Leipzig, Berlin-Spandau und Gelsenkirchen haben wir Flächen für die urbane Wildnis entwickelt. Unterstützt hat das Projekt die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Mehr dazu lesen Sie auf den folgenden Seiten über die Arbeit unserer Kollegen vom Kommunalen Umweltschutz, mit denen wir das Projekt zusammen durchgeführt haben (siehe S. 22).

Wie lassen wir Flüssen ihren natürlichen Lauf?

Gewässerschutz ist eines der Kernthemen der DUH. Mehr als 20 Jahre lang haben wir das Netzwerk Lebendige Flüsse aufgebaut. Unser juristisches, politisches und technisches Wissen im Gewässer- und Hochwasserschutz nutzen wir nun an anderen Flüssen. Gemeinsam mit lokalen Partnern entwickeln wir Lösungen für einen ökologischen Hochwasserschutz. Denn der technische Hochwasserschutz mit höheren Deichen wird im Klimawandel nicht ausreichen.

Diese Erfahrungen – auch in der bürgernahen Vermittlung neuer Hochwasserschutzkonzepte – bringen wir in die Gewässerpolitik der Länder und des

Bundes ein. Wir unterstützen Politik und Verwaltung unter anderem darin, die EU-Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Bislang haben Bund und Länder zu wenig unternommen, den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Mit naturnahen Flüssen wird auch zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie beigetragen. Deutschland hat sich darin 2007 verpflichtet, Auen wieder naturnah zu entwickeln und dadurch mehr Lebensraum für Tiere und Pflanzen an und in Gewässern zu schaffen.

In Thüringen will sich das Land nicht mehr nur rein technisch gegen Hochwasser rüsten, sondern auch Auen als natürlichen Schutz entwickeln. Wir helfen, die anspruchsvollen Ziele umzusetzen. Ein Modellprojekt für den ökologischen Hochwasserschutz an der Weißen Elster bei Bad Köstritz soll zeigen, wie es gehen kann. Ein vom Fluss getrennter Altarm der Weißen Elster wird wieder mit dem Fluss verbunden. Steigt der Wasserstand, kann der Fluss in den Altarm ausweichen. Bis es soweit ist, fließt aber noch viel Wasser die Weiße Elster hinunter in die Elbe.

Können wir den Wert der Natur in Zahlen ausdrücken?

Mehrmals pro Jahr treffen sich in unserem Haus Vertreter und Vertreterinnen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zum Diskussionsforum Ökosystemleistungen, um mit uns über Chancen und Risiken einer ökonomischen Bewertung der Natur zu debattieren. Ein kontroverses Thema, denn Natur ist ein Wert an sich. Die Vielfalt des Lebens kann nicht wirtschaftlich ausgedrückt werden. Andererseits hegen die Befürworter der Inwertsetzung der Natur die Hoffnung, mit der Macht der Zahlen den Wert der Natur sichtbar zu machen und so die Zerstörung aufzuhalten. Mit unseren Partnern der Initiative Biodiversity in Good Company, dem Helmholtz Zentrum für Umweltforschung und dem Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung setzen wir die Diskussion fort.

In einer der Debatten haben wir einen absurden Zusammenhang thematisiert. Die Agrarindustrie zerstört in Südamerika die Wälder im Amazonas, um Soja

anzubauen. Landwirte verfüttern das Soja dann in Deutschland in der Massentierhaltung, die Millionen Tonnen Gülle und Stickstoff produziert.

Seit Jahrzehnten bringt die Landwirtschaft mehr Stickstoff aus, als Böden und Pflanzen aufnehmen können.

Und diese agrarindustriellen Abfallprodukte zerstören hierzulande ebenfalls die Natur. Seit Jahrzehnten bringt die Landwirtschaft mehr Stickstoff aus, als Böden und Pflanzen aufnehmen können. Nicht nur in Deutschland, weltweit sind daher die Grenzen der Tragfähigkeit der Ökosysteme für Stickstoff erreicht.

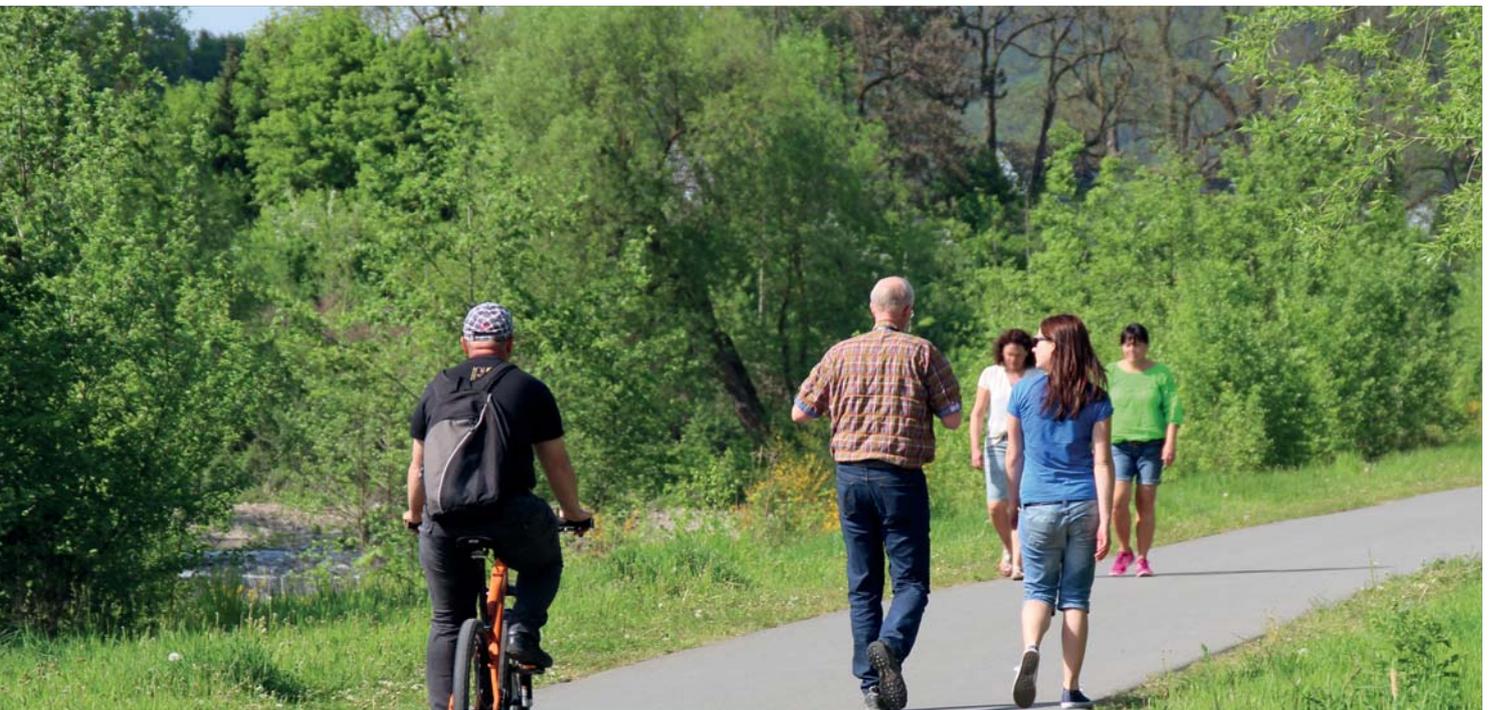
Womit senken wir die Stickstoffemissionen?

Die Landwirtschaft ist in Deutschland für 80 Prozent des gesundheitsschädlichen Nitrats im Grundwasser, in Seen und Flüssen verantwortlich. Aus den Ställen

stammen auch 94 Prozent der Stickstoffverbindung Ammoniak, die für die Entstehung von Feinstaub verantwortlich ist. Der Stickstoffüberschuss gilt weltweit als eines der drängendsten Umweltprobleme mit gravierenden Auswirkungen auf Klima, biologische Vielfalt und Gesundheit. Den Stickstoffüberschuss zu senken, ist eine große Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit unseren Kollegen aus der Abteilung Verkehr und Luftreinhaltung haben wir ein groß angelegtes Projekt gestartet (siehe S. 16). Die DUH wird damit die geplante Stickstoffstrategie der Bundesumweltministerin unterstützen – und kritisch begleiten.

Wir loten mit den verschiedenen staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeiten zur Stickstoffminderung aus, vor allem bei den größten Verursachern Landwirtschaft, Verkehr und Energieerzeugung. Wir setzen uns dafür ein, dass anspruchsvolle nationale Minderungsziele verhandelt werden und machen politischen Druck. Entschlossenes Handeln ist dringend notwendig – die planetaren Grenzen der Belastbarkeit dulden keinen Aufschub.





Wild und beliebt – die grüne Stadt

Bäume, Büsche, Wiesen, Wald und natürliche Flussufer bieten Tieren und Pflanzen in der Stadt einen Lebensraum – und dem Menschen einen natürlichen Ausgleich. Die DUH unterstützt Städte und Gemeinden dabei, die Natur zu entwickeln

■ Wildnis in Deutschland, gar Wildnis in der Stadt, klingt wie eine kühne Idee. Die DUH setzt sie um. Am Stettiner Haff, in den Bergbaufolgelandschaften und in mehreren Städten probieren wir die Chancen einer ungebändigten und vom Menschen unbeeinflussten Natur in Deutschland aus.

Beim Thema urbane Wildnis arbeiten die DUH-Wildnisentwickler aus den Bereichen Naturschutz und Kommunaler Umweltschutz zusammen. Drei Jahre lang haben sie die vier Modellstädte Arnsberg, Berlin-Spandau, Gelsenkirchen und Leipzig dabei unterstützt, das Konzept von Wildnis in den Stadtnaturschutz einzubauen. „Wilde Natur anlegen, bedeutet vor allem: Der Natur Zeit für eine eigene Entwicklung geben“, sagt Robert Spreter, Leiter Kommunaler Umweltschutz. „Wildnis und Stadtziviliation widersprechen sich nicht wie die Modellstädte zeigen.“

» **Wilde Natur anlegen, bedeutet vor allem: Der Natur Zeit für eine eigene Entwicklung geben.** «

Robert Spreter,
Leiter Kommunaler Umweltschutz

In Berlin-Spandau haben die Wildnisentwickler im Landschaftsschutzgebiet Tiefwerder Wiesen einen Mobile Tagging-Rundweg angelegt. Besucher können mit dem Smartphone die Informationen zur Umgebung abrufen. Die Stadt Arnsberg hat ein Nutzungskonzept für die wieder natürlich fließende Arnsberger Ruhr entwickelt, um die Wildnisentwicklung und die starke Nutzung durch Besucher miteinander in Einklang zu bringen. In Leipzig

wurde der Lückenschluss des wildnisgeprägten Grünen Bogens Paunsdorf mit dem benachbarten Ortsteil vorangetrieben. Und Gelsenkirchen hat den Biomassepark Hugo entwickelt, der neben einem großen Gemeinschaftsgarten auch viele wilde Elemente beherbergt.

Die Erfahrungen aus den Projekten haben wir mit den Denkern und Machern in den Stadtverwaltungen zusammengetragen und in der Broschüre „Perspektiven für Wildnis in der Stadt“ veröffentlicht. Wir hoffen auf wildes Nachmachen!

Habicht, Zauneidechse und Mäusegerste

In Städten finden manche Tiere und Pflanzen bessere Lebensbedingungen als auf dem Land. Habicht und Mäusebussard brüten in alten Bäumen, Zauneidechsen leben an Mauern, Fledermäuse hängen in Kirchtürmen. Manch eine Pflanze wie

der Gemeine Natternkopf oder die Mäusegerste findet ihren bevorzugten Lebensort eher in Friedhöfen, verwilderten Gärten und an den Randstreifen von Straßen als in der Einöde der Agrarlandschaft. Doch auch die Lebensräume in den Städten sind bedroht. Brachen werden bebaut, Pestizide versprüht. Die DUH hat daher zwei Projekte zum Schutz der Natur in der Stadt entwickelt.

Die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie auf kommunaler Ebene setzen wir in unserem Projekt „Urban NBS“ um. Mit Wissenschaftlern und Kommunen entwickeln wir Pläne, mit denen Städte die Artenvielfalt erhalten können. Entscheidend für den Erfolg ist, dass die Stadtbewohner in die Planung einbezogen werden und sie die Maßnahmen akzeptieren. Der Mensch schützt nur, was er kennt und versteht.

In Bielefeld begleitet die DUH die Fachleute des Umweltamtes und des städtischen Umweltbetriebes dabei, ein Konzept für das Modellgebiet Grünzug am Schloßhofbach umzusetzen. Zunächst haben Biologen die Daten zu Pflanzen, Vögeln und Fledermäusen erhoben. Auf einer Bürgerversammlung haben wir mit den Mitarbeitern des Umweltamtes die Anwohner des Schloßhofbaches über die Bauarbeiten informiert und ihre Vorschläge für die Gestaltung gesammelt. Das Konzept berücksichtigt beides: Den Schutz von Tieren und Pflanzen und die Bedürfnisse der Menschen nach Freizeit.

Mehr Natur, weniger Kosten

Mit dem Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt entwickeln wir ein Label, mit dem wir Kommunen auszeichnen, die sich für eine vielfältige Stadtnatur engagieren. Viele dieser Gemeinden behandeln seit Jahren Flächen naturfreundlich. Dabei senkt der Schutz der Natur auf lange Sicht sogar oft die Kosten für den Grünflächenerhalt. Und der Mensch lebt von den Leistungen der Natur. Bäume, Sträucher und anderes Stadtgrün verdunsten Wasser und sorgen im Sommer für kühlere Luft. Am Straßenrand binden Pflanzen den Feinstaub aus den Auspuffrohren. Städtische Grünflächen sind für viele Stadtkinder der einzige Ort, an dem sie mit der Natur in Kontakt

kommen. Und sie sind Orte der Erholung: Je mehr Tier- und Pflanzenarten in Parks und Stadtwäldern leben, desto größer ist der Erholungswert.

Natur ins Stadtquartier holen

Grünflächen sind in Städten oft ungleich verteilt. Meistens leben ärmere Menschen in Stadtteilen ohne Natur. Große Straßen führen durch die Wohngebiete, Fabriken stehen in der Nachbarschaft. Menschen mit geringem Einkommen sind daher stärker Lärm und schmutziger Luft ausgesetzt, sie haben höhere Gesundheitsrisiken und eine schlechtere Lebensqualität.

Die DUH hat das Thema Umweltgerechtigkeit schon vor Jahren auf die politische Agenda geholt. In unserem Projekt „Grünflächen in der Sozialen Stadt“ haben wir Kommunen dabei unterstützt, Natur in benachteiligten Stadtvierteln zu schaffen.

Die Erfolgsfaktoren von drei Grün-Sozialen Modellquartieren in Berlin, Hannover und Gladbeck-Brauck haben wir in Workshops herausgearbeitet. Wie verwandelt eine Stadt einen düsteren Parkplatz in einen lebhaften Gemeinschaftsgarten? Wie schafft eine Kommune einen Lernort am Bach, wo einst Stacheldraht den kanalisierten Abwasserkanal abschirmte? Aus den Erfahrungen haben wir Themenschwerpunkte abgeleitet und in der Fortbildung „Grün. Sozial. Wertvoll. Natur ins

urbane Quartier holen!“ in vier Städten weitergegeben.

Zeitgemäße Schulhöfe sind grün

Eine große Chance auf mehr Grün in der Stadt bieten Schulhöfe. Die Schülerinnen und Schüler profitieren von der Umgestaltung mit natürlichen Materialien und Bäumen genauso wie Tiere und Pflanzen. Mit der Stiftung „Lebendige Stadt“ haben wir die Initiative „deinSchulhof“ gegründet und Schulen aufgefordert, sich an der Ausschreibung «Macht euren Schulhof fit für die Zukunft» zu bewerben. 550 Schulen haben sich beworben, von denen wir drei ausgesucht haben. Die Initiative „deinSchulhof“ unterstützt sie mit jeweils 20.000 Euro.

Darunter ist die Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule in der Wiesbadener Altstadt. Der asphaltierte Schulhof bot ein wenig Freiraum in dem eng bebauten Gebiet. Die Schule wollte jedoch einen kindgerechten, naturnahen Ort und beteiligte die Schüler an der Planung. Der Förderverein der Schule warb mit dem Umgestaltungsplan um Spenden, auch bei den Unternehmen im Stadtviertel. In den Sommerferien 2016 haben dann Bagger und Bauarbeiter den Asphalt aufgerissen, ein Naturstein-Atrium gebaut und ein Baumhaus-Klettergerüst aufgestellt. Die Bäume und Büsche haben die Kinder mit Eltern und Lehrern im Oktober selbst gepflanzt.





Effizient durch die Energiewende

Die neuen Zeiten in der Energieversorgung kosten nicht nur Geld, sie bieten Kommunen auch Möglichkeiten, Geld zu verdienen. Die DUH berät Städte und Gemeinden darin, wie sie Dienstleistungen zur Einsparung auf den Markt bringen. Und wie Kommunen selbst eine Menge Strom sparen, wenn sie effiziente Computer, Drucker und Server nutzen

■ Die Energiewende ist bislang eine Stromwende. Der klimaschonende Umbau des Wärmesektors ist noch nicht sehr weit entwickelt, aber mehr und mehr Kommunen machen sich auf den Weg in die regenerative Fern- und Nahwärmeversorgung. Die Energieeffizienz als zentrales Element des Klimaschutzes kommt jedoch zu kurz, wie wir bei unserer Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden feststellen.

Die DUH unterstützt daher die Kommunen, die an sie adressierten Teile des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz umzusetzen. Wir verankern diesen entscheidenden Faktor für das Gelingen der Energiewende in unseren Projekten des kommunalen Umweltschutzes. Eine Auswahl:

Stadtwerke als Agenten des Klimaschutzes

Im Projekt KlimaStadtWerk haben wir bestehende Klimaschutzstrategien von Stadtwerken geprüft. Zudem haben wir im Strategie-Check neue Ziele bis 2020 formuliert oder bestehende Zielsetzungen nachjustiert. Im intensiven Austausch mit den Vertretern der Stadtwerke wurde deutlich, dass die kommunalen Unternehmen sich weiterhin vorwiegend als Energieversorger definieren. Dienstleistungen im Bereich der Energieeffizienz bieten sie nur zögerlich an. Die Skepsis ist nämlich groß, ob sich solche neuen Angebote an Privat- und Gewerbetunden wirtschaftlich langfristig tragen. Die Stadtwerke haben daher

in den vergangenen Jahren vor allem Klimaschutzmaßnahmen in der bestehenden Versorgungsinfrastruktur umgesetzt. So haben sie mit Bürgern in eigene Strom- oder Wärmeerzeugungsanlagen investiert oder die öffentliche Busflotte modernisiert.

Die DUH hat mit dem Strategie-Check und einem dafür entwickelten Analyseinstrument den acht teilnehmenden Stadtwerken die Möglichkeit gegeben, neue Geschäftsmodelle im Sektor Energieeffizienz zu analysieren und zu planen. Die Ergebnisse des Strategie-Checks sowie ein Handlungsleitfaden für Stadtwerke haben wir auf der Internetseite des Projekts veröffentlicht, damit auch andere kommunale Unternehmen davon lernen. Wie Stadtwerke die Effizienzdienstleis-

tungen besser in die eigene Geschäftstätigkeit integrieren können, haben wir mit den Vertretern von Stadtwerken und aus der Kommunalverwaltung und -politik auf einem Kongress diskutiert. Mehr Informationen unter www.duh.de/klimastadtwerk.html.

Das Projekt KlimaStadtWerk wurde im Jahr 2016 abgeschlossen und vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert.

GreenITown für effiziente IT in Kommunen

Computer, Server, Netze und Heimelektronik verbrauchen zusammen mehr als zehn Prozent des Stroms in Deutschland – und der Verbrauch wird wegen der zunehmenden Digitalisierung steigen. Zu den Umweltauswirkungen während des Gebrauchs kommt der ökologische Rucksack der Geräte: Von den Rohstoffen über Produktion und Transport bis hin zum hoffentlich fachgerechten Recycling am Lebensende. Da die Branche ständig neue Produkte auf den Markt bringt, kommen die Geräte immer kürzer zum Einsatz. Dieser Trend macht vor der kleinsten Kommune nicht halt.

Trotz der zentralen Bedeutung der Informationstechnik für die Kommunen sind häufig Einzelkämpfer am Werk. Gerade in kleinen Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohner, ist oft ein einziger Mitarbeiter mit einer halben Stelle für Administration und Wartung zuständig. Da bleibt kein Raum für grüne Innovationen.

Mit GreenITown unterstützt die DUH Kommunen bis 30.000 Einwohner dabei, ihre IT energie- und ressourceneffizient zu gestalten. Zusammen mit professionellen IT-Beratern deckt die DUH in acht Modellkommunen Einsparpotenziale auf. Darunter fallen der Ersatz von alten Laserdruckern an den Arbeitsplätzen durch zentral aufgestellte Business Tintenstrahldrucker, die im Betrieb nur rund ein Zehntel der Energie brauchen. Oder der Einsatz von energieeffizienten Thin Clients und Mini PCs statt Desktop PCs. Die in den Modellkommunen gewonnenen Erfahrungen werten wir aus.

Die Ergebnisse veröffentlichen wir als Ratgeber und Tutorials in Filmform auf www.greenITown.de.

Effizienz in der Weiterbildung

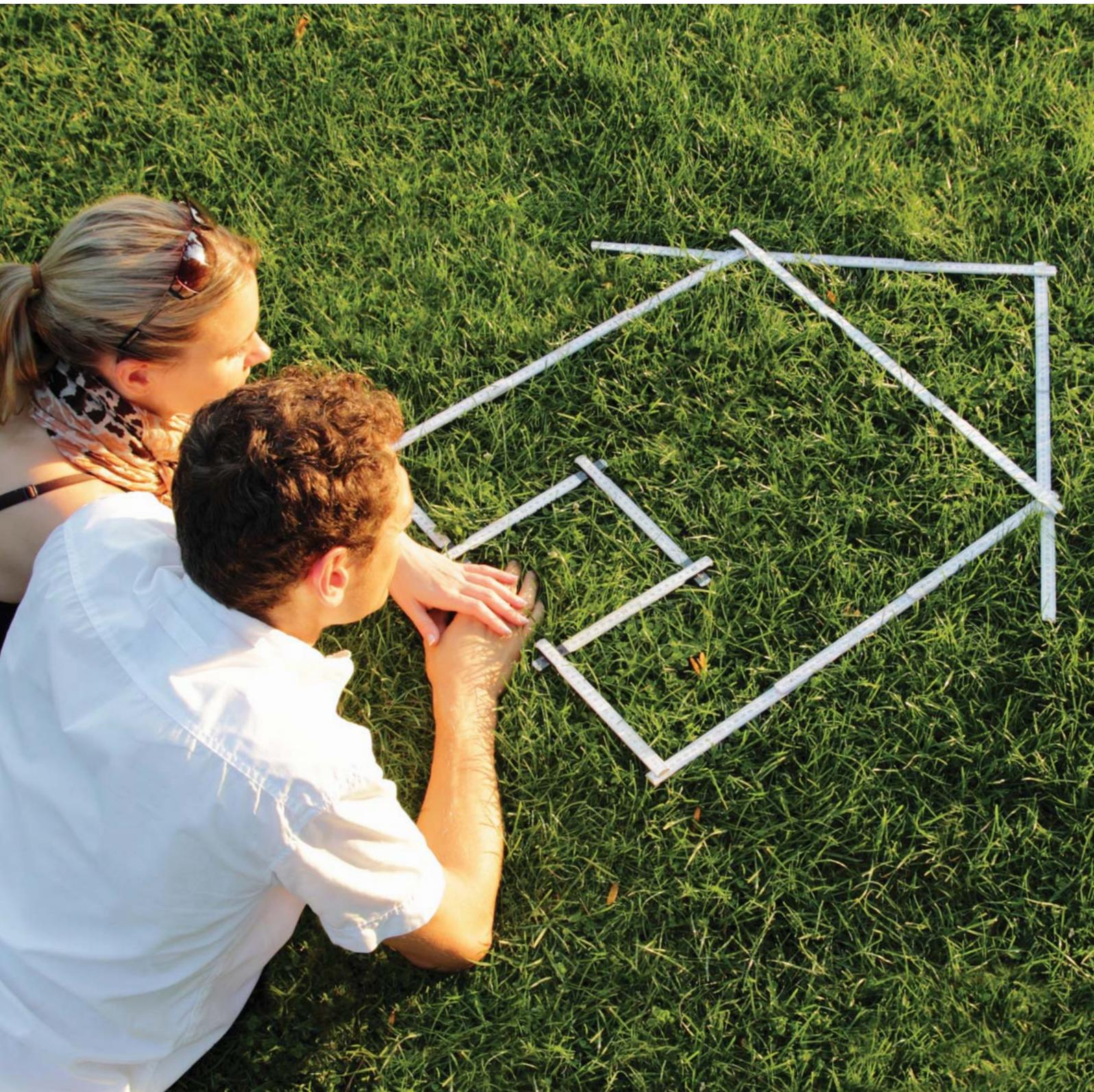
Mit dem Klima-Bündnis und dem ifeu-Institut bietet die DUH eine Weiterbildung für Klimaschutzberater an. Unter dem Dach des Gesamtprojekts „Coaching Kommunaler Klimaschutz“ unterstützen wir Berater in kleineren Kommunen zum Thema Klimaschutz. Wir zeigen Wege zur Energieeinsparung, besprechen Effizienzvorgaben in der Siedlungsplanung oder

die Beschaffung von umweltschonenden Fahrzeugen und Produkten. Außerdem lernen die Teilnehmer grundlegende Fähigkeiten wie Moderation oder Prozessmanagement.

Die DUH vermittelt zudem die Grundlagen kommunaler Entscheidungsprozesse, die für die Tätigkeit als Berater unerlässlich sind. Die Arbeitshilfen für den Beratungsprozess stellen wir online frei zur Verfügung.

Die Projekte Coaching Kommunaler Klimaschutz und GreenITown werden über die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert.





Schlaue Verbraucher schützen die Umwelt

Die DUH als eingetragener Umwelt- und Verbraucherschutzverband übernimmt die Marktüberwachung, da der Staat sich aus der Verantwortung zieht. Unser Ziel: Die Rechte der Verbraucher und den Schutz der Umwelt stärken

■ Vom Bungalow bis zum Hochhaus verbrauchen Häuser jede Menge Energie. Fast 40 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland verheizt der Gebäudesektor. In Häusern steckt daher ein riesiges Einsparpotential. Effizientere Heizungen, gedämmte Dächer und Wände und neue Baustoffe sollen den Energieverbrauch senken. Bis 2050 soll der Gebäudesektor annähernd klimaneutral sein, der Energiebedarf um 80 Prozent sinken, hat die Bundesregierung beschlossen.

.....
Wir informieren Verbraucher ebenso über die Umweltauswirkungen wie über ihre Rechte

Die Deutsche Umwelthilfe unterstützt diese politischen Ziele. Wir informieren Verbraucher ebenso über die Umweltauswirkungen wie über ihre Rechte, wir sprechen mit Unternehmen über die Umsetzung der Klimaziele und drängen Regierung und Behörden, die eigenen umweltpolitischen Ziele auch zu erreichen – nicht nur bei der effizienten Gebäudesanierung und der Durchsetzung des Energieausweises.

Viele Gesetze, keine staatliche Kontrolle

Auch Jahre nach Inkrafttreten von Gesetzen zum Schutz von Klima und Umwelt stellen wir fest, dass die Regierung meist nur Worte für die Herausforderung Klimawandel findet. Taten folgen selten. Die Regierungen in Bund und Ländern verharren in der Theorie und kümmern sich nicht oder kaum um die praktische Umsetzung. Die DUH als eingetragener Umwelt- und Verbraucherschutzverband übernimmt daher in vielen Bereichen die Marktüberwachung, um die Rechte der Verbraucher und den Schutz der Umwelt zu stärken.

So haben wir zwei Jahre lang Druck gemacht, dass Motorsägen, Freischneider und andere motorbetriebene Gartengeräte die Abgasgrenzwerte zum Schutz der Gesundheit einhalten müssen. Mit Erfolg. Nach einer Reihe von

Fachgesprächen mit allen Beteiligten, achten Großhändler und Baumärkte in Deutschland nun auf die europäischen Grenzwerte. Wir wollten es aber genau wissen, denn in einem freien europäischen Markt kommen auch jede Menge Geräte aus anderen EU-Ländern problemlos auf den deutschen Markt. Nur zwei von sieben Motoren in Schweden erfüllten nach unseren Messungen die europäischen Abgasstandards.

Kein Haus ohne Energieausweis

Gebäude, Autos, Kühlschränke, Waschmaschinen und andere Elektrogeräte müssen mit einem Energieeffizienzlabel gekennzeichnet werden. Immobilienbesitzer und Makler müssen die Mieter und Käufer von Häusern oder Wohnungen über den energetischen Zustand einer Immobilie vor Vertragsabschluss informieren. Ähnlich wie das Energieeffizienzlabel auf jedem Kühlschrank, soll der Energieausweis für Häuser den potentiellen Käufer oder Mieter schnell und einfach informieren: Braucht das Gebäude viel Energie? Heizt es mit Gas, Öl, Fernwärme?

.....
Wenn es nicht anders geht, klagen wir die Rechte von Verbrauchern und Umwelt ein.

Vermieter und Verkäufer von Immobilien müssen den Energieausweis dem Interessenten während der Besichtigung zeigen oder aushängen. Das machen sie jedoch nicht überall. Landauf-landab stellen wir fest, dass Hausbesitzer und Immobilienmakler dieser gesetzlichen Pflicht nicht nachkommen. Nur in vier Bundesländern überwachen die Landesbehörden den Vollzug der Energieeinsparverordnung und die damit einhergehende Kennzeichnungspflicht für Gebäude. Da die Behörden nicht kontrollieren, haben die Bürger das Nachsehen.

Wenn es nicht anders geht, klagen wir die Rechte von Verbrauchern und Umwelt ein. In fast allen Fällen bestätigen Gerichte die umweltjuristische Auffassung der DUH. So bestätigte das

Oberlandesgericht Hamm in zwei Grundsatzentscheidungen (AZ: I-4 U 8/16 und AZ: I-4 U 137/15) unser Verständnis der Kennzeichnungspflicht.

Auch Immobilienmakler müssen in der Werbung für Häuser und Wohnungen über den energetischen Zustand einer Immobilie informieren. Laut Gericht sei es für den Interessenten von besonderer Bedeutung, „möglichst frühzeitig einen Eindruck von der energetischen Qualität des angebotenen Gebäudes und damit zugleich die Möglichkeit zu einem überschlägigen Vergleich der Kosten für Heizwärme mit anderen Immobilienangeboten zu erhalten.“

Die DUH enttarnt gefälschte Effizienzlabel

Einen nachlässigen Umgang mit der Kennzeichnungspflicht stellen wir seit Jahren in der Autobranche fest. Autohändler und Hersteller verschleiern die CO₂-Emissionen und den Spritverbrauch und verstecken die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben im Kleingedruckten. In zahlreichen Gerichtsverfahren hat die DUH gezeigt, dass Autohändler systematisch die Verbraucherrechte missachten. Einen kreativen Einfall hatte ein Automobilhersteller und erfand ein neues Energielabel: Die Effizienzklassen gehen bei ihm bis Klasse L-M in tiefrot, statt nur bis Klasse G, die laut Gesetz für vollkommen ineffizient steht. Zudem fasst der Autohändler die Klassen zusammen – und schwuppdwupp erscheint der Spritschlucker mit 314 PS in der bei ihm hellgrünen Klasse D-E.

Nicht mit uns. Das Bundesjustizministerium hat der DUH eine Verantwortung für die Umsetzung von Umwelt- und Verbraucherschutzrechten übertragen und als „qualifizierte Einrichtung“ beim Bundesamt für Justiz eingetragen. Der Schutz von umweltbezogenen Verbraucherrechten gehört daher zu den Kernaufgaben der DUH. Nur aufgeklärte Verbraucher können den Umwelt- und Klimaschutz mit ihren Kaufentscheidungen voranbringen.



Der beste Abfall entsteht gar nicht erst

Mehrwegbecher für Coffee to go, wiederverwendbare Taschen und Mehrwegflaschen – die DUH fördert intelligente Lösungen zur Verringerung des Abfallaufkommens. Damit setzt die DUH um, was das Gesetz vorsieht: Die Vermeidung von Müll

■ Abfallvermeidung, Ressourcenschutz und Wertstoffrecycling sind Kernthemen der Deutschen Umwelthilfe. Mit 218 kg pro Kopf und Jahr ist Deutschland Europameister beim Anfall von Verpackungsmüll. Völlig unnötig werden hierzulande immer mehr Ressourcen verbraucht. Denn für sehr viele Anwendungen gibt es technische Lösungen, die den Rohstoffeinsatz verringern oder vermeiden.

Die DUH setzt auf diese intelligenten Lösungen zur Verringerung des Abfallaufkommens. Wir diskutieren mit Industrie und Politik, zeigen gute Beispiele aus dem Ausland für Ressourcenschutz und die sichere Entsorgung von Schadstoffen. Unsere stärksten Mitstreiter für eine umweltfreundliche Wirtschaft sind Tausende Verbraucher, die keine Lust mehr auf Ex-und-Hopp haben. Das Unbehagen bei sehr vielen Menschen steigt, angesichts der katastrophalen

Umweltzerstörung. Der Plastikmüll in den Ozeanen hat sich zu so großen Müllstrudeln verdichtet, die vom Weltraum aus zu sehen sind.

.....
Unsere stärksten Mitstreiter für eine umweltfreundliche Wirtschaft sind Tausende Verbraucher, die keine Lust mehr auf Ex-und-Hopp haben.
.....

Wir haben mehrere Kampagnen gestartet, mit denen wir gleichermaßen auf das Problem der Ressourcenverschwendung aufmerksam machen und jedem Einzelnen Wege zeigen, wie sie und er die Wegwerfgesellschaft verändern können. Sehr erfolgreich sind wir mit unserer Kampagne „Einweg-Plastik kommt nicht

in die Tüte“, in der wir Tausende Plastiktüten gegen Mehrwegbeutel getauscht haben.

Unsere Kampagne „Becherheld – Mehrweg to go“ für den wiederverwendbaren Coffee to go-Becher hat inzwischen eine Menge Nachahmer gefunden. Starbucks, die Deutsche Bahn, McDonalds, Tchibo oder die Großbäckerei Kamps haben damit begonnen, Kaffee in mitgebrachte Mehrwegbecher zu füllen. Kommunen machen mit, wie Marburg mit dem Klimabecher oder der Hohenlohe-Kreis mit dem CO₂-Diät-Becher. Hessen hat mit der landesweiten Aktion „BecherBonus“ ebenfalls den Pappbechern den Kampf angesagt. Mehr als 3.000 Einzelverkaufsstellen in Hessen füllen mitgebrachte Mehrwegbecher und geben einen Rabatt für das umweltfreundliche Handeln.

Sehr gut gefallen hat uns das Projekt „Boodha – Just Swap it“ mit dem Poolsystem für Mehrwegbecher in Ber-

lin. Ein Netzwerk aus bislang 15 Cafés in den Bezirken Neukölln und Kreuzberg verkauft Coffee to go in standardisierten Mehrwegbechern mit einem Pfand von vier Euro. Die Kunden können den leeren Becher in jedem teilnehmenden Geschäft zurückgeben. Der Becher wird gespült und wieder in Umlauf gebracht. Wir haben die Unternehmer Clemens Pech und Ulrike Gottschau im Rahmen unserer Kampagne „Becherheld – Mehrweg to go“ ausgezeichnet. Quasi als Becherhelden des Jahres.

Wir beziehen Verbraucher in unsere Kampagnen ein

Die DUH kämpft als Umwelt- und Verbraucherschutzverband für die Rechte von Umwelt und Verbrauchern, doch wir beziehen die Verbraucher auch in unsere Kampagnen mit ein. Jeder Verbraucher, jeder einzelne Konsument, hat einen enormen Einfluss auf die Verpackung und damit auch auf die Abfallmenge. Folien, Blister, Einwegplastikflaschen, Getränkedosen, Kunststoffhüllen, Umverpackungen türmen sich zu einem großen Haufen Müll. 17,8 Millionen Tonnen Verpackungsmüll produzieren deutsche Konsumenten, Händler und Unternehmen jedes Jahr. Deutschland ist damit Europameister im Verpackungsmüll.

Ein unrühmlicher Titel. Deshalb haben wir 2016 die Kampagne „Schluss mit dem Müll – weniger ist mehr!“ gestartet. Der Name ist Programm. Wir sprechen Supermärkte, Discounter und Drogeriemärkte an, damit sie Produkte in unökologischen Verpackungen wie zum Beispiel Einwegplastikflaschen, überdimensionierte Verpackungen mit kleinem Inhalt oder in Plastik eingeschweißtes Gemüse aus dem Sortiment nehmen. Unterstützt werden wir von Verbrauchern, die wir über Petitionen in die Kampagne einbeziehen. Gegen den Verpackungswahnsinn beim Discounter Lidl konnten wir innerhalb weniger Wochen mehr als 213.000 Unterstützer gewinnen.

Handelsunternehmen können mit ihrer Marktmacht auch Markenhersteller bewegen, weniger Verpackungen einzusetzen. Zudem bieten Supermärkte und

Drogerien auch Eigenmarken an. Drogeriemarktführer dm kann da noch viel verbessern. Als Argumentationshilfe haben wir dm-Geschäftsführer Erich Harsch 83.000 Unterschriften von Menschen übergeben, die sich weniger Verpackungen bei dm wünschen. Die DUH fordert von dem Unternehmen eine Strategie und davon abgeleitete Maßnahmen zur Vermeidung von Verpackungen und ressourcenintensiven Produkten.

Ressourcenschutz geht ganz einfach: Unternehmen wie dm und Lidl könnten Getränke in Mehrwegflaschen verkaufen und damit die Klimabilanz entscheidend verbessern. Sie können auf unnötige Papierschachteln wie bei Zahnpasta verzichten, ebenso auf nicht komprimierte Deodorants und unkonzentrierte Waschmittel. Die Märkte sollten überwiegend Nachfüllverpackungen und Verpackungen aus Recyclingmaterialien anbieten. Eine Studie des Wuppertal-Instituts belegt, dass durch den Umstieg auf ressourceneffiziente Verpackungen und Produkte 20 Prozent der eingesetzten Rohstoffe eingespart werden könnten. Marktführer dm ist nicht der einzige – wir gehen mit unseren Forderungen nach weniger Verpackungen auch zu den anderen Drogerie- und Supermärkten.

Mehrweg bleibt Klimaschutz

Verpackungen mehrmals zu verwenden, schützt das Klima, schont wertvolle Ressourcen und vermeidet unnötigen Abfall. „Mehrweg ist Klimaschutz“ heißt daher unsere Kampagne für Getränke in Mehrwegflaschen. Ein breites Bündnis aus mittelständischen Getränkeherstellern, Brauereien, Umwelt- und Verbraucherschützern und einer Gewerkschaft hat sich in der Allianz für Mehrweg zusammengeschlossen. Wasser, Saft, Bier, Limonade in Mehrwegflaschen sichern mehr als 150.000 Arbeitsplätze und eine regionale Wirtschaftsstruktur.

Mit Entsetzen haben wir und die Allianz für Mehrweg verfolgt, wie sich Umweltministerin Barbara Hendricks von der Mehrwegquote im Wertstoffgesetz verabschiedet hat. Sie hat die bisher in der Verpackungsverordnung festgelegte Quote von 80 Prozent ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen gestrichen. Ein Kniefall vor der Einwegindustrie und Discountern wie Lidl oder Aldi, die ausschließlich Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen verkaufen. Anstatt das umweltfreundliche Mehrwegsystem zu unterstützen, akzeptiert das Bundesumweltministerium einen Müllberg von mehr als 17 Millionen Plastikflaschen im Jahr. (Siehe Interview S. 30)

Schlechter Kundenservice in Baumärkten

■ Energiesparlampen enthalten kleine Mengen Quecksilber. In leeren Bauschaumdosen steckt das gesundheitsgefährdende Isocyanat. Beide Produkte dürfen daher nicht in den Hausmüll, sondern müssen im Sondermüll entsorgt werden. Baumärkte müssen Verbraucher über die Entsorgungsmöglichkeiten informieren – das machen sie aber nur schlecht, wie die DUH in Testbesuche in mehr als 100 Baumärkten festgestellt hat.

Bauschaumdosen und Energiesparlampen werden daher zu oft falsch entsorgt, das führt zur Anreicherung umweltschädlicher Stoffe im Restabfall. Wenn Baumärkte Umweltschutz wirklich ernst meinen, dann müssen sie die volle Verantwortung für die von ihnen in Verkehr gebrachten Produkte übernehmen und sie nach dem Gebrauch für eine ordnungsgemäße Entsorgung zurücknehmen. Die DUH fordert die Behörden der Länder auf, Kontrollen durchzuführen und durch das konsequente Verhängen von Bußgeldern den Schutz der Umwelt und der Verbraucher zu sichern.

DUH geht erfolgreich gegen Einweg-Kampagne von Lidl vor

Die DUH ging erfolgreich gegen eine bundesweite Kampagne des Discounters Lidl zur angeblichen Umweltfreundlichkeit von Einweg-Plastikflaschen vor und forderte Lidl zum sofortigen Stopp ihres Greenwashings umweltbelastender Einweg-Plastikflaschen auf. Mit der Kampagne „Jede Flasche zählt“ versuchte Lidl den millionenfachen Verkauf von unökologischen Plastikflaschen als umweltfreundlich darzustellen.

Einwegflaschen aus Plastik sind den wiederfüllbaren Mehrwegflaschen jedoch ökologisch deutlich unterlegen. Einwegflaschen aus Plastik verbrauchen Rohstoffe und werden zu Abfall. Mehrwegflaschen werden bis zu fünfzigmal wieder gefüllt, sie sind effizient und ver-

hindern die Herstellung von Milliarden Verpackungen und Tonnenweise Müll. Die DUH forderte deshalb Verbraucher auf, sich nicht von Lidl täuschen zu lassen und Getränke in Mehrwegflaschen zu kaufen. Wir haben erreicht, dass Lidl keine weiteren öffentlichkeitswirksamen Kampagnen-Aktivitäten zu Einwegplastikflaschen durchgeführt hat.

Wie die Einweglobby Verbraucher täuscht

Der von Aldi, Lidl und dem weltweit größten Dosenhersteller Ball Packaging finanzierte Interessenverband BGVZ „Bundesverband Getränkeverpackungen der Zukunft“ der Einwegindustrie behauptete auf seiner Internetseite, dass die Ökobilanzen von Einweg-Plastikflaschen und Dosen denen von Mehrwegflaschen

in nichts nachstünden. Auf Nachfrage der DUH konnte der BGVZ jedoch keine Ökobilanzen oder Belege für die vermeintliche ökologische Gleichwertigkeit von Einweg- und Mehrweg-Getränkeverpackungen vorlegen. Aus diesem Grund ging die DUH mit einer Unterlassungserklärung gegen diese dreiste Form der Verbrauchertäuschung vor. Am Ende entfernte der Einwegverband die unwahren Aussagen von seiner Internetseite und gestand damit die monatelange Täuschung von Verbrauchern ein.

Im Interesse der Umwelt und der Verbraucher gehen wir auch in Zukunft gegen falsche Aussagen zu Umweltauswirkungen von Produkten und Verpackungen vor.

»Beim Verpackungsabfall ist Deutschland Europameister«

Herr Fischer, die Bundesregierung hat jahrelang an einem neuen Wertstoffgesetz gearbeitet, 2016 wurde daraus ein kleines Verpackungsgesetz.

Thomas Fischer: Der aktuelle Entwurf des Verpackungsgesetzes ist ambitionslos und kontraproduktiv für den Umweltschutz. In wesentlichen Punkten fällt das geplante Gesetz hinter die Standards zurück. Ein Versagen auf ganzer Linie.

Warum?

Ob Abfallvermeidung, Wertstoffsammlung, Recyclingquoten oder Gesetzeskontrolle – in keinem Punkt wird das Gesetz den ökologischen Herausforderungen gerecht. Es gibt keine Erweiterung der haushaltsnahen Wertstoffsammlung für Produkte aus Kunststoff und Metall. Verpackungshersteller und Händler sollen sich selbst über eine Stiftung kontrollieren und die Mehrwegquote wurde gestrichen. Darüber hinaus fehlen ökonomische Anreize, die den Trend zu mehr Verpackungen umkehren könnten.

Wie könnten solche Anreize aussehen?

Die Lizenzentgelte für Verpackungen sind in den letzten zehn Jahren gesunken. Dadurch besteht für Verpackungshersteller und Händler kein Anreiz, Abfälle zu vermeiden. Das Ergebnis dieser verfehlten Politik sind mehr als 17 Millionen Tonnen Verpackungsabfall pro Jahr. Damit sind wir Europameister. Neue ökonomische Lenkungsinstrumente sind notwendig, damit



„Weder Verpackungshersteller, noch Händler haben ein ernsthaftes Interesse daran, weniger Verpackungen in Verkehr zu bringen“, sagt Thomas Fischer, der als Leiter der Abteilung Kreislaufwirtschaft den Werdegang des Verpackungsgesetzes begleitet hat. Sein Fazit: „Den ökologischen Herausforderungen wird das Verpackungsgesetz nicht gerecht.“

Vom Wertstoff- zum Verpackungsgesetz

Die DUH hatte große Hoffnungen in das Wertstoffgesetz gesetzt. Jahrelang haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Abfall als Rohstoff betrachtet wird. Kunststoffe, Papier, Metalle, Glas im Müll sind Ressourcen – um sie zu nutzen, müssen sie sortiert und einzeln erfasst werden. Das Wertstoffgesetz wäre die Chance der Bundesregierung gewesen, die bislang ausschließliche Erfassung von Verpackungen aus Kunststoffen und Metallen im gelben Sack auch auf stoffgleiche Produkte auszuweiten. Denn es macht keinen Sinn, die Plastikverpackung für Käse im gelben Sack zu sammeln und das Plastikspielzeug aus demselben Material in der Restmülltonne zu entsorgen. Die gemeinsame Sammlung von Verpackungen und Produkten im gel-



„Schluss mit dem Müll!“ fordern Vertreter der Deutschen Umwelthilfe und SumOfUs vor einer Lidl-Filiale Ende April in Berlin. Sie übergeben eine Petition mit über 200.000 gesammelten Unterschriften an die Lidl-Verantwortlichen.

ben Sack hätte mehr als 400.000 Tonnen Wertstoffe aus der Restmülltonne und der Verbrennung in das Recycling geführt.

Aus Sicht der DUH ist der Entwurf nicht nur ambitionslos, sondern kontraproduktiv für den Umweltschutz. Die

Streichung der Quote für abfallarme Mehrweggetränkeverpackungen und das Fehlen von Maßnahmen zur Abfallvermeidung bedeuten einen Rückschritt für den Umweltschutz. In dieser Form sollte der Entwurf keine Gesetzeskraft erlangen.

diejenigen, die besonders viele Verpackungen herstellen, auch besonders viel bezahlen. Das könnte eine Ressourcensteuer, wie in Dänemark sein oder eine ökologische Ausgestaltung der Lizenzentgelte. Wenn ein Hersteller seine Verpackungen kleiner macht oder ganz auf sie verzichtet, Recyclingmaterial verwendet und die Recyclingfähigkeit gewahrt bleibt, dann muss das finanziell belohnt werden im Vergleich zu Verpackungen, die diese Kriterien nicht erfüllen.

Wer bezahlt die Entsorgung der Verpackungsflut?

Die Lizenzentgelte für das Inverkehrbringen von Verpackungen sind intransparent und werden in der Regel über den Produktpreis an den Verbraucher weitergegeben – ohne, dass er es weiß. Die Lizenzierungskosten müssen deshalb so hoch sein, dass sie nicht auf den Produktpreis umgelegt werden können. Dann entsteht eine Lenkungswirkung hin zu weniger Verpackungen.

Warum schreitet Umweltministerin Barbara Hendricks nicht ein, um Abfälle zu vermeiden?

Die Entsorgung von Abfällen ist ein Milliardenmarkt. Logistikunternehmen, Sortierer, Recycler oder Verbrenner profitieren von einem System, in dem viele Abfälle anfallen. Zudem dienen Verpackungen nicht mehr nur dem Schutz der Ware, sondern vor allem Marketing-Zwecken. Eine sinnlose Pappschachtel um die Zahnpastatube soll das Gefühl eines Mehrwerts beim

Verbraucher auslösen. Die Kunststoff- oder Metallindustrie reibt sich bei steigenden Verpackungsmengen ebenfalls die Hände. Dahinter steht eine große Marktmacht, da hängen Arbeitsplätze dran und das spielen die Unternehmen aus.

Die Bundesregierung begräbt mit dem neuen Verpackungsgesetz den politischen Mehrwegschutz.

Discounter, Kunststoffindustrie, PET-Flaschen-Hersteller, Aluindustrie und Dosenhersteller, alle haben ein hochgradiges Interesse daran, dass die Mehrwegquote im Verpackungsgesetz gestrichen wird. Die Industrieinteressen scheinen schwerer zu wiegen als die gesetzliche Abfallhierarchie – die Wiederverwendung von Mehrwegflaschen steht dort vor dem Recycling. Die politische Förderung von Mehrwegflaschen ist also eine gesetzliche Verpflichtung, der Umweltministerin Hendricks nicht nachkommt.

Hebelt die Bundesregierung mit der Streichung der Mehrwegquote die eigenen Klimaschutzziele aus?

Ja, denn Abfallvermeidung ist gelebter Klimaschutz. Würden alle alkoholfreien Getränke in Mehrweg- statt in Einwegflaschen abgefüllt, dann könnten jährlich 1,25 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Eine Bundesregierung, die ihre Klimaschutzziele erreichen will, kann nicht auf die Förderung von Mehrwegflaschen verzichten.



Partner für eine umweltfreundliche Entwicklung

Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen in ländlichen Gebieten ist das Ziel des Hand in Hand-Fonds.

Deutsche Umwelthilfe und Rapunzel Naturkost fördern damit ökologische und soziale Projekte in aller Welt

■ Eine bewährte Partnerschaft verbindet die DUH mit dem Naturkosthersteller Rapunzel. Gemeinsam unterstützen wir mit dem Hand in Hand-Fonds soziale und ökologische Projekte in Asien, Afrika und Südamerika. Dabei arbeiten wir mit Organisationen in den jeweiligen Ländern zusammen, denn sie kennen die gesellschaftlichen, ökologischen und politischen Verhältnisse in den Fördergebieten.

In den Philippinen arbeiten wir mit der Organisation ZIDOFA, die Reisbauern natur- und umweltverträgliche Anbau-

methoden zeigt. Den pestizidfreien Reis können die Bauern zu besseren Preisen verkaufen. Der Ökoanbau stärkt die wirtschaftliche Grundlage der Bauern, was die Entwicklung der ländlichen Gebiete beeinflusst.

Die Hilfe zur Selbsthilfe war von Beginn an das Ziel des Hand in Hand-Fonds, den wir 1998 gegründet haben. Seitdem haben wir mit insgesamt 1,2 Millionen Euro 300 Projekte in 52 Ländern unterstützt. 2016 hatte der Hand in Hand Fonds 230.000 Euro zur Verfügung, der größte

Teil stammt von Rapunzel Naturkost. Die Projekte sind so unterschiedlich wie die Menschen eben leben.

In Uganda haben wir ein Solarstromprojekt in einem Dorf ermöglicht. Der Strom ersetzt Kerosinlampen mit ihren gesundheitsschädlichen Dämpfen. In Kenia unterstützen wir Mango-Bauern mit Schlupfwespen bei der ökologischen Schädlingsbekämpfung, in Bolivien haben wir die Wiederaufforstung in einer Hochebene gefördert.



Vielfalt im Ökotoptop Garten

Eine ökologische und soziale Nische schafft der Regionalverband Nord in den „Gärten für die Zukunft“

■ Den Lernort Garten holt der DUH Regionalverband Nord in die Stadt. In vier „Gärten für die Zukunft“ im Großraum Hannover und in Köthen kommen Kinder und Jugendliche, Migranten und andere Erwachsene aller Altersstufen aus sozialen Brennpunkten zusammen.

Unser Ziel ist, Denkanstöße zu den Belastungsgrenzen des Planeten zu geben. In Modellgärten und Workshops zeigen wir, wie die Gärtnerinnen und Gärt-

ner den Wasserverbrauch senken und auf künstlichen Stickstoffdünger verzichten können. Der Klimawandel verändert auch das Ökotoptop Garten. Ein Ziel der „Gärten für die Zukunft“ ist daher auch, alternative Anbautechniken wie Permakultur zu erproben. Die Gärten sind im besten Sinne gut für die Umwelt in ihrer ökologischen und sozialen Nische. Sie verbinden die Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und regen sie beim Graben, Harken, Ernten

an, über die eigene Rolle im Umwelt- und Naturschutz nachzudenken. Entsprechend der Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen wollen wir Menschen in die Lage versetzen, Gegenwart und Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten. In den Workshops geht es daher um Umweltgerechtigkeit, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft, gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensweisen. Und natürlich darum, die Ideen im Garten umzusetzen.



Der UmweltMedienpreis 2016

Kategorie Print

■ Einfach nur aufgeschrieben habe er, was er den Leuten auf seinen geführten Spaziergängen durch den Wald von Hümmel erzählt, sagt Förster Peter Wohlleben. Aus den Erzählungen im Wald wurde der Bestseller „Das geheime Leben der Bäume“. Peter Wohlleben zeigt den Lesern, dass Bäume ein Gedächtnis haben, dass sie über Duftstoffe kommunizieren, ihren Nachwuchs mit Nährstoffen versorgen und so leben, wie andere Leute auch. Da „The hidden life of trees“ auch in den USA Hunderttausende Leser gefunden hat, wird deutlich: Peter Wohlleben hat das richtige Thema zum richtigen Zeitpunkt in der richtigen Weise aufgeschrieben.

Das überzeugte die Jury des UmweltMedienpreises 2016. Peter Wohlleben erhält für „Das geheime Leben der Bäume“ den UmweltMedienpreis 2016 in der Kategorie Print.

Kategorie Hörfunk

Den Preis in der Kategorie Hörfunk bekommt die freie Wissenschaftsjournalistin und Autorin Anne Preger. Sie recherchiert Geschichten über den Klärschlamm oder die Rußbelastung in Städten genauso akribisch wie über die Artenvielfalt

Umwelt Medienpreis

im Okavango-Delta und schafft es, auch sperrige Themen unterhaltsam zu präsentieren. „Fantastisches Edutainment“, befand die Jury.

Kategorie Film

Der Preis in der Kategorie Film und Fernsehen geht an Delphine Prunault und Valérie Rossellini für ihren Dokumentarfilm „Dicke Luft – Wenn Städte ersticken“. Die Autorinnen haben Forscher, Politiker, Aktivisten und Geschädigte von verschmutzter Luft in China, Indien, Frankreich und Deutschland interviewt und die „herausragende Dokumentation geschaffen“.

Kategorie Online

Für ihre seriöse, hochwertige und umfassende Berichterstattung zu Klimafragen erhält das Portal klimaretter.info den UmweltMedienpreis 2016 in der Kategorie Online. Für das Redaktionsteam haben Susanne Götze und Benjamin von Brackel den Preis entgegengenommen.

Kategorie Sonderpreis

Für sein außergewöhnliches Engagement im Umwelt- und Verbraucherschutz sowie für Fairen Handel erhält der Schauspieler und Dokumentarfilmer Hannes Jaenicke den Sonderpreis 2016. Nach Meinung der Jury beschränkt er sich nicht auf die große öffentliche Geste, sondern lebt vor, was er auch bei anderen sehen möchte. Dabei setzt er seine Bekanntheit ein, um investigative Formate wie die ZDF-Dokuserie „Im Einsatz für...“ umzusetzen. Ob beim Tauchen mit Delfinen oder mit versteckter Kamera auf Borneos Schwarzmärkten – die exotischen Schauplätze dienen nur Jaenickes großem Anliegen: Er möchte die Empathie zwischen Mensch und Tier wiederherstellen.

Wir gratulieren den Preisträgerinnen und Preisträgern des 21. UmweltMedienpreises. Die DUH vergibt den Preis jedes Jahr an Journalisten, Redaktionen, Autoren, Filmemacher für „herausragende Leistungen bei der journalistischen und schriftstellerischen Auseinandersetzung mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“, wie es in der Ausschreibung heißt. Kurz gesagt: Wir sagen Danke im Namen von Natur und Umweltschutz. Und wir danken der Telekom Deutschland, die den UmweltMedienpreis unterstützt.

Das Leitungsteam



■ **Sascha Müller-Kraenner**
Bundesgeschäftsführer



■ **Jürgen Resch**
Bundesgeschäftsführer



■ **Barbara Metz**
*Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin
(ab 2017)*



■ **Dr. Peter Ahmels**
Leiter Energie und Klimaschutz



■ **Ann-Katrin Bohmüller**
*Persönliche Referentin des Bundes-
geschäftsführers Jürgen Resch*



■ **Babett Böhme**
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle Berlin



■ **Melanie Fessler**
*Leiterin der Bundesgeschäftsstelle
Radolfzell & Personalreferentin*



■ **Thomas Fischer**
Leiter Kreislaufwirtschaft



■ **Michael Hadamczik**
*Leiter Marketing, Verwaltung
und Finanzen*



■ **Daniel Hufeisen**
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



■ **Dr. Cornelia Nicklas**
Leiterin Recht



■ **Gabriele Nitschke**
*Leiterin der Bundesgeschäftsstelle
Hannover*



■ **Judith Paeper**
*Persönliche Referentin des Bundes-
geschäftsführers Sascha Müller-Kraenner*



■ **Dorothee Saar**
Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung



■ **Agnes Sauter**
Leiterin Verbraucherschutz



■ **Robert Spreter**
Leiter Kommunalen Umweltschutz



■ **Ulrich Stöcker**
Leiter Naturschutz



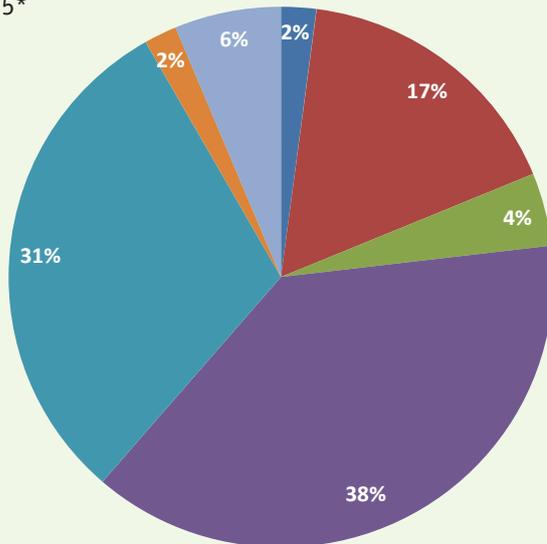
■ **Ulrike Voß**
*Stellvertretende Leiterin Energie
und Klimaschutz*

Solide Finanzen

Stabile Einnahmen sind eine wichtige Grundlage für die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe.

Durch eine gute Mischung der Finanzquellen sichern wir unsere Unabhängigkeit

Erträge 2015*



Erträge (gerundet)	in €	in %
■ Beiträge von Förderern und Paten	169.494	2,1 %
■ Spenden	1.355.370	16,7 %
■ Sponsoring	354.350	4,4 %
■ Projektzuschüsse	3.099.428	38,2 %
■ Verbraucherschutz	2.466.449	30,4 %
■ Zuweisungen von Justizbehörden	158.170	1,9 %
■ Sonstige	512.599	6,3 %
Summe	8.115.860	100 %

■ Engagement, Kompetenz und Begeisterung für die Aufgabe – davon lebt eine Organisation wie die Deutsche Umwelthilfe. Aber auch die Finanzen müssen stimmen. Sie sichern die Projekte und die Leistung von 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Jahr für Jahr geht es darum, Projektzuschüsse und andere Finanzmittel zu beantragen, Spenden einzuwerben, um die Arbeit für den Umwelt- und Verbraucherschutz weiterführen zu können. Wir achten auf eine gute Mischung unserer Einnahmen. So gleichen wir Schwankungen aus und verhindern Abhängigkeiten.

Im Jahr 2015 ist es erneut gelungen, den DUH-Haushalt auszugleichen und außerdem einen kleinen Überschuss von 45.000 Euro zu erzielen. Das Haushaltsvolumen erreichte etwa 8,1 Millionen Euro.

Einnahmen: Zuschüsse werden wichtiger

Die regelmäßigen Zuwendungen unserer Förderer und Paten und die Spenden vieler Menschen, die unsere Arbeit teilweise schon seit vielen Jahren unterstützen, sind die Basis unseres Haushalts. Dazu kommen Projektzuschüsse, die etwa zur Hälfte aus öffentlichen Quellen, vorwiegend Bund und Europäische Union, und zur anderen Hälfte von privaten Stiftungen bereitgestellt werden. Die Zuschüsse haben mit 38 Prozent den größten Anteil an den Einnahmen.

Auch Spenden und Sponsorings von Unternehmen tragen zu den Einnahmen bei. Hinzu kommen Einnahmen des Verbraucherschutzes, die zum größten Teil aus der Kontrolle von Unternehmen stammen, die gegen die Regeln der Ener-

* Der geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2016 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2016) noch nicht vor. Da wir nur testierte Zahlen veröffentlichen, finden Sie hier die Zahlen des Jahresabschlusses 2015. Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

gieverbrauchskezeichnung verstoßen haben. Zuweisungen von Justizbehörden, sogenannte Bußgelder, tragen ebenfalls zu den Einnahmen bei.

Etwa 20 Prozent unserer Einnahmen stammen aus öffentlichen Quellen, etwa 75 Prozent unserer Einnahmen erhalten wir zweckgebunden für bestimmte Themen und Projekte.

Ausgaben: Projekte entscheiden

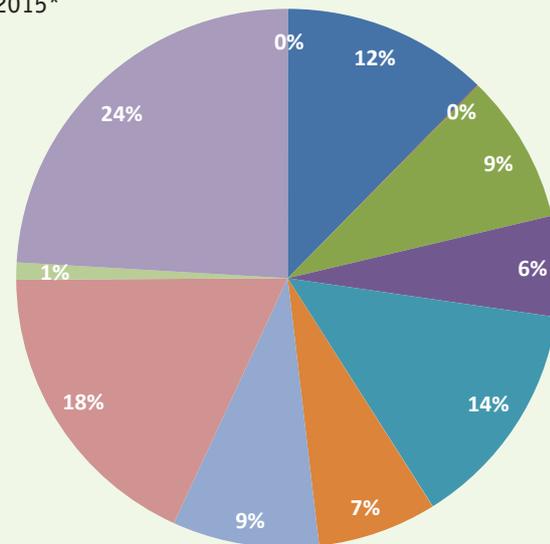
Der größte Teil des Geldes fließt in die Projekte der DUH, zum Beispiel für die Luftreinhaltung im Verkehr, den Schutz der Flüsse, in Projekte gegen die Plastiktütenflut und für den Klimaschutz. Wir organisieren Umweltwettbewerbe, veranstalten Informationskampagnen, Kongresse und Veranstaltungen und betreiben eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Verteilung der Ausgaben zeigt das breite Themenspektrum der DUH.

Ein wichtiger Teil unseres Engagements liegt in den Projektzuschüssen, die die DUH vergibt. Mit den Zuschüssen stellen wir unseren Partnerorganisationen Geld zur Verfügung und ergänzen damit sinnvoll unsere eigene Projektarbeit.

Für all diese Aufgaben stand auch im Jahr 2015 wieder der Löwenanteil unserer finanziellen Mittel zur Verfügung. Für die Verwaltung, die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit und die Spendenwerbung haben wir 24 Prozent unserer Mittel aufgewandt.

Über die Hälfte unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf, mehr als 10 Prozent fließen in Projektzuschüsse an Partnerorganisationen und für Projektförderungen.

Aufwendungen 2015*



Aufwendungen (gerundet)	in €	in %
■ Projektzuschüsse	992.379	12,2 %
■ Umweltinformation	4.227	0,1 %
■ Naturschutz	720.203	8,9 %
■ Kreislaufwirtschaft/Mehrwegschutz	488.092	6,0 %
■ Verkehr/Luftreinhaltung	1.108.257	13,7 %
■ Energie/Klimaschutz	572.942	7,0 %
■ Kommunaler Umweltschutz	705.354	8,7 %
■ Allg. Verbraucherschutz und Recht**	1.454.341	17,9 %
■ Projekte der Regionalverbände	84.530	1,0 %
■ Verwaltung/Öffentlichkeitsarbeit/Spendenwerbung	1.941.070	23,9 %
■ Überschuss	44.464	0,6 %
Summe	8.115.860	100 %

** Praktischen Verbraucherschutz leisten wir zudem in den Fachbereichen, insbesondere bei Energie/Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft/Mehrwegschutz, Verkehr/Luftreinhaltung.

Bilanz zum 31.12.2015*

Aktiva	2015 in €	2014 in €	Passiva	2015 in €	2014 in €
Anlagevermögen	177.057	131.416	Eigenkapital	1.156.478	1.112.014
Umlaufvermögen	3.743.114	3.353.792	Rückstellungen	892.716	585.689
Aktive Rechnungsabgrenzung	9.013	4.286	Verbindlichkeiten	1.879.990	1.791.791
Summe	3.929.184	3.489.494		3.929.184	3.489.494

* Der geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2016 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2016) noch nicht vor. Da wir nur testierte Zahlen veröffentlichen, finden Sie hier die Zahlen des Jahresabschlusses 2015. Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

Bilanz: stabile Verhältnisse

Die Bilanzsumme ist mit 3,9 Millionen Euro etwas höher als im Vorjahr. Die freien Rücklagen sind ebenfalls leicht angestiegen und liegen nun bei 1,16 Millionen Euro.

Geprüfte Finanzen

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2015 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der DUH ist im Jahr 2015 das DZI-Spendensiegel zuerkannt worden. Da-

mit bescheinigt das DZI der Deutschen Umwelthilfe den seriösen Umgang mit Spendengeldern. Ergänzende Informationen zu den Finanzen im Sinne der DZI Siegel-Standards wird die DUH auf ihrer Website www.duh.de veröffentlichen.

Mitarbeiter und Standorte

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum 30.11.2016 insgesamt 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 36 in der Geschäftsstelle Radolfzell, 45 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere 6 in der Geschäftsstelle Hannover sowie zwei im Projektbüro Erfurt und eine im Projektbüro Elbe in Köthen.

Projekte und Aktionen

Zum 21. Mal hat die DUH 2016 den Umweltmedienpreis vergeben. Seit Bestehen hat der Hand in Hand-Fonds über 270 ökosoziale Projekte in Asien, Afrika

und Lateinamerika gefördert. Wir haben 2016 etwa 25.000 Althandys gesammelt, sechs Spendenmailings versendet, vier Ausgaben der DUHwelt verbreitet. 22.000 User lesen unseren Newsletter, der etwa monatlich erscheint. Mehr als 17.000 Personen folgen uns auf Twitter. Wir haben im Jahr 2016 an etwa 60 Projekten gearbeitet, dafür über 180 Pressemitteilungen verbreitet und circa 140 Telefonkonferenzen durchgeführt.



Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
**Ihre Spende
kommt an!**

Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele, Berlin
Vorsitzender
Burkhard Jäkel, Betzendorf
stellvertretender Vorsitzender
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Hannover, stellvertretender Vorsitzender
Professor Dr. Margit Mönnecke,
Malans (CH)
Michael Rothkegel, Frankfurt
Michael Schäfer, Berlin
Susanne Schubert, Troisdorf
Sabine Weisschedel-Brass,
Ausserberg (CH)

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch
Sascha Müller-Kraenner

Bundesgeschäftsstellen**Leiterin der Geschäftsstelle Radolfzell:**

Melanie Fessler
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: info@duh.de

Leiterin der Geschäftsstelle Berlin:

Babett Böhme
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Leiterin der Geschäftsstelle Hannover:

Gabriele Nitschke
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände**Regionalverband Süd:**

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-23
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: hellwig@duh.de

Regionalverband Ost:

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord:

Ansprechpartnerin: Gabriele Nitschke
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Projektbüros**Projektbüro Elbe:**

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Poststr. 7
06366 Köthen
Telefon 03496 210009
Telefax 03496 210008
E-Mail: lebendigeelbe@duh.de

Projektbüro Erfurt:

Ansprechpartnerin: Sabrina Schulz
Webergasse 25
99084 Erfurt
Telefon 0361 76402-08
Telefax 0361 76402-100
E-Mail: schulz@duh.de

Impressum

- **Herausgeberin:**
Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
E-Mail: info@duh.de
Internet: www.duh.de
- **Pressestelle:** Daniel Hufeisen
- **Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken
- **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch
- **Autoren:** Oliver Finus, Ulrike Fokken,
Michael Hadamczik, Beatrice Lange,
Simon Mößinger, Janos Wieland, Silke Wissel
- **Druck:** Druckerei Krammer,
Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

Die weibliche Form ist in dieser Veröffentlichung der männlichen Form gleichgestellt. Lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde auf die durchgängige Nennung beider Formen verzichtet.

- Bildnachweis: Umschlag: Buchenblätter/Pitopia/camera, 2010; S. 2: Alfred Müller/Fotolia.com; S. 3: www.heidischerm.de; S. 4: Dr. Peter Wernicke (L.o.), DUH (L.u.), Bachmann/DUH (r); S. 5: Bachmann/DUH (l), Geiß/DUH (o), Kühn/DUH (u.l.), Stiftung Lebendige Stadt (u.r.); S. 6/7: DUH; S. 8: dpa/Jan-Philipp Strobel; S. 10: Dr. Peter Wernicke; S. 11: Holzäpfel/DUH; S. 12: www.heidischerm.de; 14: Paul Langrock; S. 15: www.heidischerm.de; S. 16: Bohmüller/DUH; S. 17: DUH; S. 19: www.heidischerm.de; S. 20: Frank Blum; S.21: countrypixel/Fotolia.com; S. 22: Wissel/DUH; S. 23: Günther von Szombathely; S. 24: Weidemann, 2012; S. 25: DUH(o), Junggeburth/DUH (u); S. 26: Rio-Patuca Images/Fotolia.com; S. 28: Sascha Krautz; S. 30: www.heidischerm.de; S. 31: DUH; S. 32: David Lamparter (l), Hölzer/DUH (r); S. 33: DUH; S. 34: www.heidischerm.de, Barbara Dietl (o.m.), www.andreas-kochloeffel.de (2. Reihe v.u. l.,r.); S. 35: www.heidischerm.de (1. Reihe l., m.), www.andreas-kochloeffel.de (1. Reihe r., 2. Reihe l.), DUH; S. 39: Blickfang/Fotolia.com
- **Redaktionsschluss:** 01.12.2016
- **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier



Bitte unterstützen Sie uns als Fördermitglied oder mit einer Spende



Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02
BIC: BFSWDE33XXX



 Deutsche Umwelthilfe

www.duh.de [@ info@duh.de](mailto:info@duh.de) [umwelthilfe](https://twitter.com/umwelthilfe) [umwelthilfe](https://www.facebook.com/umwelthilfe)

 Wir halten Sie auf dem Laufenden: www.duh.de/newsletter-abo



Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation anerkannt. Sie ist mit dem DZI-Spendensiegel ausgezeichnet. Testamentarische Zuwendungen sind von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit.

Wir machen uns seit über 40 Jahren stark für den Klimaschutz und kämpfen für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende – damit Natur und Mensch eine Zukunft haben. Herzlichen Dank! www.duh.de/spenden

Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX